

Inszenierung ‚Innere Sicherheit‘ – Daten und Diskurse. Gemeinsame Tagung der DGS-Sektionen ‚Soziale Probleme und soziale Kontrolle‘ und ‚Politische Soziologie‘ am 9. und 10.10.1997 in Oldenburg..... 198

Erratum  
 Graphik-Ausdruck im Sonderheft 36/1996 „Umweltsoziologie“ (S. 518 und 528) ..... 199

Die Autorinnen und Autoren des Hefts..... 200

English Summaries ..... 202

I. Abhandlungen

DISKURSIVE VERSUS LIBERALE ÖFFENTLICHKEIT

Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas\*

Jürgen Gerhards

*Zusammenfassung:* Der Artikel rekonstruiert das theoretisch anspruchsvolle Modell einer diskursiven Öffentlichkeit von Jürgen Habermas und kontrastiert dieses mit einer alternativen Theorie, einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit. Die beiden Modellvorstellungen von Öffentlichkeit werden dann mit Ergebnissen einer systematischen Inhaltsanalyse des massenmedialen Diskurses über Abtreibungen in der Bundesrepublik von 1970–1994 konfrontiert. Der erste Teil der empirischen Überlegungen untersucht die Frage, welches der beiden Öffentlichkeitsmodelle für die analysierte öffentliche Debatte wirklickeitsnäher ist. Die Ergebnisse zeigen, daß der öffentliche Diskurs über Abtreibungen bezüglich fast aller Kriterien nicht den Modellvorstellungen einer diskursiven, sondern denen einer liberalen Öffentlichkeit entspricht. Die weitere Analyse versucht, die in die normativen Modelle eingebauten empirischen Aussagen, die sich falsifizieren lassen, zu überprüfen. Habermas Plädoyer für eine autochthone Öffentlichkeit und eine Dominanz zivilgesellschaftlicher Akteure wird begründet durch die Hypothese, daß die Akteure der Zivilgesellschaft diskursiver und auf einem höheren Rationalitätsniveau argumentieren als die anderen Akteure. Empirisch zeigt sich aber, daß dies nicht der Fall ist. Die Folgen dieses Befundes für die Theorie diskursiver Öffentlichkeit werden diskutiert.

I. Einleitung

Die theoretischen Diskussionen zum Thema Öffentlichkeit im deutschsprachigen Raum sind bestimmt durch die Arbeiten von Jürgen Habermas. Alternativen zur kritischen Theorie gibt es kaum, wenn es um das Thema Öffentlichkeit geht. In den systemtheoretischen Überlegungen von Talcott Parsons und Niklas Luhmann spielt der Begriff keine zentrale Rolle; mit Aufsätzen zur öffentlichen Meinung (1971, 1990) und mit einer kurzen Monographie über die „Realität der Massenmedien“ (1995) kommt Luhmann zwar der Fragestellung nahe, die Habermas mit seinem anspruchsvollen Theoriekonzept behandelt, vermeidet aber die Bezugnahme auf ein wie auch immer bestimmtes Konzept von Öffentlichkeit. Auch aus mikrosoziologischer Theorieperspektive bleibt der Begriff und das Phänomen Öffentlichkeit unterbelichtet. Sowohl symbolisch-interaktionistische Einwürfe

\* Der empirische Teil der folgenden Ausführungen bezieht sich auf eine Inhaltsanalyse des medialen Diskurses über Abtreibungen in der Bundesrepublik. Die Inhaltsanalyse der deutschen Mediendebatte ist selbst Teil eines größeren deutsch-amerikanischen Vergleichsprojekts

sumer 1958) als auch Theorien rationaler Wahl haben zur Ethellung des Gegenstandsreichs nur wenig beigetragen.

Für Habermas gilt, daß er in den letzten Jahren zum Ausgangspunkt seiner Idee von Öffentlichkeit, markiert durch seine Habilitationsschrift, zurückgekehrt ist. Das Vorwort zur Neuauflage des Strukturwandels der Öffentlichkeit (1990), zwei weitere Aufsätze zum Thema (Habermas 1989; 1992a), vor allem aber seine rechts- und demokratietheoretische Abhandlung „Faktizität und Geltung“ (1992), in der ein elaboriertes Modell diskursiver Öffentlichkeit entwickelt wird, legen davon Zeugnis ab. Die wissenschaftliche Rezeption der Habermas'schen Vorstellung von Öffentlichkeit bleibt dabei nicht auf den deutschsprachigen Raum begrenzt. Sein Konzept einer diskursiven Öffentlichkeit hat auf vielfache Weise Eingang gefunden in die amerikanischen Debatten über Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft, neuere Demokratietheorien sowie Frauen und Öffentlichkeit (vgl. Dahlgren und Parks 1991; Beiträge in Calhoun 1992; Benhabib 1991, 1992; Arato und Cohen 1992; Leehan 1995).<sup>1</sup>

Ich möchte im folgenden in einem ersten Schritt (Abschnitt II) versuchen, das theoretisch anspruchsvolle Modell einer diskursiven Öffentlichkeit von Habermas zu rekonstruieren und zugleich mit einer alternativen Theorie, dem liberalen Modell von Öffentlichkeit zu kontrastieren. Nach einer Darstellung der verwendeten Methoden und der Datengrundlage der Untersuchung (Abschnitt III) werde ich dann (Abschnitt IV) die beiden Modelle von Öffentlichkeit mit Ergebnissen einer systematischen Inhaltsanalyse des massenmedialen Diskurses über Abtreibungen in der Bundesrepublik von 1970–1994 konfrontieren. Ich möchte den Begriff der Widerlegung der Öffentlichkeitsmodelle an dieser Stelle vermeiden, weil sowohl das Habermas'sche Modell einer diskursiven Öffentlichkeit als auch das Modell einer liberalen Öffentlichkeit normative Theorien darstellen; normative Theorien lassen sich aber bekanntlich nicht empirisch widerlegen. Insofern beschränkt sich die Zielsetzung des vierten Kapitels auf die Frage, welches der beiden Öffentlichkeitsmodelle für die analysierte öffentliche Debatte wirklickeitsnäher ist. Allerdings, und dies ist dann Gegenstand der Analysen des fünften Kapitels, lassen sich aus dem normativen Modell von Habermas empirisch überprüfbare Hypothesen ableiten, die gleichsam die „Stützbalken“ des normativen Gebäudes darstellen. Diese Hypothesen kann man entsprechend in empirisch prüfbar Aussagen überführen und diese gegebenenfalls falsifizieren. Sollten sich die aus dem Modell abgeleiteten empirischen Aussagen falsifizieren lassen, so ist dies folgenreich für die normative Theorie insgesamt. Im letzten Kapitel

über Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der Debatten über Abtreibung, Primärforscher sind auf amerikanischer Seite Myra Marx Ferree und William Gamson, auf deutscher Seite Jürgen Gerhards, Monika Lindgens, Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht. Das Projekt wurde dankenswerterweise von der Fritz-Thyssen-Stiftung und der National Science Foundation gefördert. Die Kodierleitung lag bei Barbara S. Franz; die Texte wurden kodiert von Bettina Becker, Uwe Breitenborn, Sabine Hödt und Inken Schröder. Ihnen sei an dieser Stelle für ihre engagierte Mitarbeit gedankt. Die datentechnische Aufbereitung lag bei Andreas Dams. Erste Veröffentlichungen aus dem Projekt liegen vor (vgl. Gerhards und Lindgens 1995; Gerhards 1996; Neidhardt 1996). Eine erste Fassung der folgenden Ausführungen wurde von Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht dankenswerterweise kommentiert.

<sup>1</sup> Ich werde mich im folgenden allein auf die Habermas'sche Konzeption von Öffentlichkeit beziehen und die vielfältigen Kritiken, Modifikationen und Erweiterungen, die sich in der Sekundärliteratur finden, nicht gesondert analysieren.

werden die Ergebnisse der Analysen und mögliche Folgen für eine Theorie der Öffentlichkeit bilanziert.

## II. Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Zwei Modellvorstellungen

### 1. Habermas' Konzept von Öffentlichkeit als diskursive Öffentlichkeit

Bei der Rekonstruktion der Habermas'schen Vorstellung von Öffentlichkeit beziehe ich mich weniger auf seine frühe historische, mittlerweile vor allem in den Geisteswissenschaften fast als Lehrbuch rezipierte Studie über den Strukturwandel der Öffentlichkeit, als vielmehr auf die in den letzten Jahren publizierten Überlegungen zur Öffentlichkeit (Habermas 1989; Vorwort 1990; 1992a; 1992b), vor allem aber auf die Monographie „Faktizität und Geltung“ (1992), in der er (in den Kapiteln VII und VIII) ein diskursives Modell von Öffentlichkeit entwickelt.<sup>2</sup> Die topographische Platzierung von Öffentlichkeit im Gesamtbild der Gesellschaft erfolgt innerhalb der Beschreibung der Struktur eines demokratischen politischen Systems. Insofern bilden die verschiedenen Demokratietheorien einen der zentralen Referenzpunkte seiner Ausführungen und seiner Kritik.

a) Die Struktur des demokratischen politischen Systems und die Verortung von Öffentlichkeit. Bei der Beschreibung der Struktur des politischen Systems nimmt Habermas Modellvorstellungen von Bernhard Peters (1993) auf. Habermas unterscheidet verschiedene Akteursklassen, indem er Akteure entlang eines Verlaufsmodells der Politikherstellung sortiert. Er unterscheidet zwischen dem Zentrum und der Peripherie des politischen Systems und differenziert die Peripherie nochmals in eine Input- und eine Outputperipherie. Von dieser Klassifikation der Akteure unterscheidet er Öffentlichkeit als einen kommunikativen Raum, in dem sich die verschiedenen Akteure äußern und in dem sie kommunizieren können.

Das Zentrum des politischen Systems besteht aus der politischen Verwaltung, der Regierung, dem Gerichtswesen, dem parlamentarischen Komplex und den Parteien. Die Akteursgruppen des Zentrums sind selbst wiederum geordnet entlang der Entfernung zur Input- bzw. Outputperipherie. Auf der Outputseite der Peripherie befinden sich die organisierten Spitzenverbände, mit denen das Zentrum in korporatistischer Manier die Entscheidungen umsetzt, die die Implementierung von Entscheidungen aber auch blockieren können. Auf der Inputseite der Peripherie, von der aus Interessen und Themen definiert werden, befinden sich zum einen Interessengruppen (Verbände, die partikuläre Interessen vertreten), kulturelle Einrichtungen (Habermas nennt Akademien, Schriftstellerverbände u.a.), „public interest groups“, die Kollektivgüterinteressen vertreten (Umwelt, Verbraucher, Tiere u.a.), die Kirchen und karitativen Verbände. „Diese meinungsbildenden, auf Themen und Beiträge, allgemein auf öffentlichen Einfluß spezialisierter Vereinigungen gehören zur zivilgesellschaftlichen Infrastruktur einer durch Massenmedien beherrschten Öffentlichkeit, die mit ihren informellen, vielfach differenzierten und vernetzten Kommunikationsströmen den eigentlich peripheren Kontext bilden“ (Habermas 1992: 431). Für die

<sup>2</sup> Eine sehr kenntnisreiche und reflektierte Auseinandersetzung mit Habermas' Konzept der Öffentlichkeit findet sich bei Bernhard Peters (1994).

übermassige Theorie der Öffentlichkeit sind die Akteure der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur besonders bedeutsam; insofern ist es notwendig, genau zu rekonstruieren, was abermas unter zivilgesellschaftlichen Akteuren versteht.

Die zitierte weite Definition wird von ihm verengt, indem er unter die Kategorie Akteure der Zivilgesellschaft vor allem die spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen subsumiert. Diese sind durch eine offene und egalitäre Organisationsform gekennzeichnet; sie verfügen über eine Vergesellschaftungsform, die mit der Lebenswelt der Bürger verknüpft ist. Habermas spricht von spontan gebildeten Assoziationen und von gering organisierten, informellen Akteuren. In dieser engen Fassung der Definition der Akteure der Zivilgesellschaft sind gut organisierte Interessengruppen und Verbände, wie die Gewerkschaften, die Berufsverbände und die Kirchen, ausgeschlossen (vgl. Habermas 1992: 453).<sup>3</sup> An manchen Stellen und vor allem in den früheren Ausführungen zum Thema Öffentlichkeit disagregiert Habermas die Akteure der Zivilgesellschaft weiter und definiert Öffentlichkeit als Bereich, in dem alle Bürger (und nicht kollektive Akteure) mit Argumenten öffentliche Belange diskutieren.

Öffentlichkeit wird von Habermas an der Inputseite der Peripherie verortet, gleichsam kommunikativer Raum zwischen der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und dem Zentrum der Politik. Öffentlichkeit ist weder Institution noch Organisation, auch kein System, sie keine klare Grenze besitzt. Habermas versteht unter Öffentlichkeit ein komplexes Netz für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen“ (Habermas 1992: 436), das sich nach der Kommunikationsdichte, der Organisationskomplexität und Reichweite nach Ebenen differenziert – von der episodischen Kneipen-, Kaffeehaus- oder Straßenöffentlichkeit, über die veranstaltete Präsenzöffentlichkeit von Theateraufführungen, Elternabenden, Rockkonzerten, Parteiversammlungen oder Kirchentagen bis zur abstrakten, über Massenmedien hergestellten Öffentlichkeit von Vereinzelten und global verstreuten Lesern, Höhrern und Zuschauern“ (Habermas 1992: 452).

Habermas schließt also die massenmediale Öffentlichkeit explizit in sein Konzept von Öffentlichkeit mit ein; er betont, daß eine breite Zirkulation öffentlicher Kommunikationen eine notwendige Bedingung für eine hinreichende Inklusion aller Beteiligten ist (Habermas 1992: 438); eine breite Inklusion aller Bürger läßt sich aber nicht durch Präsenzöffentlichkeiten, sondern allein medial vermittelt herstellen.

1) *Kreisläufe der Politikherstellung.* Die Idee der Demokratie beruht auf der Annahme, daß Willensbildungsprozesse von der Inputperipherie über das Zentrum zur Outputperipherie

<sup>3</sup> Man findet in den Habermasschen Ausführungen noch eine weitere Verengung der Menge der Akteure, die der Zivilgesellschaft zugeordnet werden können. Organisationsgrad, Ressourcenausstattung und Professionalität sind nach Habermas' eigener Ansicht wiederum keine hinreichenden Indikatoren der zuverlässigen Identifikation von zwei verschiedenen Gruppierungen der Peripherie, die er als autochthone Akteure einerseits und nutznießende Akteure andererseits bezeichnet (Habermas 1992: 454). Er führt ein weiteres Kriterium ein und verengt damit die Menge autochthoner Akteure auf ganz wenige. Neben den beschriebenen Organisationsmerkmalen sind die Akteure der Zivilgesellschaft dadurch gekennzeichnet, daß sie ihre Identifikationsmerkmale nicht aus den Funktionsbereichen der Gesellschaft ableiten (wie die Wirtschaftsverbände oder Mieterschutzvereinigungen), sondern ihre Identifikationsmerkmale selbst erst hervorbringen müssen. Habermas denkt hier vor allem an die neuen sozialen Bewegungen (Habermas 1992: 454).

pherie erfolgen. Nur so bleiben die Entscheidungen des Zentrums gekoppelt an die Willensbildungsprozesse der Bürger und nur so erhalten sie ihre demokratische Legitimation.

Die Anbindungen aller Entscheidungen an die Willensbildungsprozesse der Peripherie ist aber aus rein pragmatischen, komplexitätsvermeidenden Gründen laut Habermas nicht möglich. Entsprechend läuft der größte Teil der Entscheidungen im Zentrum der Politik nach Routinen, gleichsam ohne Input durch die Peripherie. „Gerichte fällen Urteile, Bürokrationen bereiten Gesetze vor und bearbeiten Anträge, Parlamente verabschieden Gesetze und Haushalte, Parteizentralen führen Wahlkämpfe, Klienten nehmen Einfluß auf ihre Verwaltungen – und alle diese Vorgänge laufen nach etablierten Mustern ab“ (Habermas 1992: 432). Entscheidend ist aber, daß im Konfliktfall die Herstellung von Entscheidungen im Zentrum rückgekoppelt ist an die Meinungen und Willensbildungsprozesse in der Peripherie, daß der Rückgriff auf den offiziellen Machtkreislauf gelingt, wenn es nötig ist. Gerade bei Konflikten über normative Fragen ist die Entscheidungsfindung im Zentrum an die Entscheidungsvorbereitung durch die Peripherie gebunden, gerade dann kommt es auf eine funktionierende politische Öffentlichkeit an.

Mit dieser Unterscheidung von normalem, aber inoffiziell und außerordentlichem, aber offiziellem Kreislauf der Politikherstellung und der ausdrücklichen normativen Abssegnung eines von der Peripherie abgekoppelten Prozesses der Politikherstellung grenzt sich Habermas zugleich gegenüber den radikalen Vorstellungen einer deliberativen Demokratie ab, die alle Entscheidungen durch den Katalysator öffentlicher Argumentation laufen lassen wollen. Damit profiliert er seine eigene Vorstellung von Öffentlichkeit zugleich als dritten Weg zwischen einem liberalen Modell einerseits und einem radikal deliberativen Modell andererseits (Habermas 1992b).<sup>4</sup>

Was versteht man unter deliberativer Politik? Deliberative Politik kann gegenüber liberalen Politikvorstellungen abgegrenzt werden. Diese wiederum sehen im Wahl- und Repräsentationsmechanismus das Kernelement der Demokratie und einer demokratischen Legitimation kollektiv verbindlicher Entscheidungen: Die Bürger einer Gesellschaft haben Vorstellungen über das, was politisch wie entschieden werden soll. Diese politischen Präferenzen der Bürger formieren sich zu einem legitimen Mehrheitswillen via Aggregation der Individualwillen, ermittelbar durch allgemeine und gleiche Wahlen. Im Gegensatz zu liberalen Vorstellungen des politischen Prozesses geht das Konzept der deliberativen Politik davon aus, daß demokratische politische Entscheidungen nicht durch die Aggregation als gegeben angesehener Präferenzen der Bürger und der durch die Bürger gewählten Vertreter legitimiert sind, sondern erst durch eine vorgeschaltete Diskussion der zur Entscheidung anstehenden Fragen: Entscheidungen stehen am Ende eines Diskussionsprozesses, der mit Argumenten ausgetragen wird und um die beste aller möglichen Entscheidungen bemüht ist. „The notion of a deliberative democracy is rooted in the intuitive ideal of a democratic association in which justification of the terms and conditions of association proceeds through public argument and reasoning among equal citizens. Citizens in such an order share a commitment to the resolution of problems of collective choice through public reasoning and regard their basic institutions as legitimate as far as they establish the framework for free public deliberation“ (Cohen 1989: 17f.).

4 Ganz ähnlich argumentiert Charles Taylor (1992/93), der das dritte Modell von Demokratie dann aber stärker mit den gemeinschaftsbildenden Funktionen der Zivilgesellschaft verbindet.

hen spezifiziert verschiedene Verfahrenskriterien des öffentlichen Diskurses. Habermas nimmt diese Gedanken und auch die Verfahrenskriterien des Diskurses auf und verbindet mit seinen früheren Überlegungen zur Legitimation von normativen Geltungsansprüchen im praktischen Diskurs, grenzt aber zugleich den Bereich deliberativer Verfahren auf einnahmeverfahren ein, und zwar genau auf die Verfahren, die er in seinem Modell eines spezialisierten Kreislaufs als den Gegenkreislauf beschrieben hatte. „Denn nun fällt ein guter Teil der normativen Erwartungen, die mit deliberativer Politik verknüpft sind, auf die tieferen Strukturen der Meinungsbildung. Die Erwartungen richten sich an deren Fähigkeit, gesamtgesellschaftliche Probleme wahrzunehmen, zu interpretieren und auf eine gleich Aufmerksamkeit erregende und innovative Weise in Szene zu setzen“ (Habermas 1992: 434).

*Autochthone und vermachtete Öffentlichkeit.* Habermas lokalisiert also Öffentlichkeit an der Inputseite der Peripherie, von der aus Interessen und Themen definiert werden. Abhängig von der Frage, wer in der Öffentlichkeit diskutiert und wie in der Öffentlichkeit agiert wird, unterscheidet Habermas eine autochthone von einer vermachteten Öffentlichkeit. Diese Unterscheidung bildet das normative Kernelement der Habermasschen Öffentlichkeitsstheorie. Das Resultat einer autochthonen Öffentlichkeit ist die Entstehung einer kommunikativ erzeugten legitimen Macht, das Resultat einer vermachteten Öffentlichkeit die einer administrativ erzeugten Macht, die keine oder geringe Legitimität für sich beanspruchen kann. Zur Bestimmung einer autochthonen Öffentlichkeit greift Habermas auf die von Joshua Cohen definierten Kriterien deliberativer Politik zurück (Habermas 1992: 370). Folgende Merkmale unterscheiden die beiden Öffentlichkeiten voneinander:

Wer kommuniziert? Eine autochthone Öffentlichkeit wird beherrscht von den Akteuren der Peripherie des politischen Systems und, innerhalb dieser Klasse, von den Akteuren, die Habermas der Zivilgesellschaft zurechnet, bzw. von den Bürgern selbst.<sup>5</sup> Eine vermachtete Öffentlichkeit wird hingegen bestimmt durch die Akteure des Zentrums der Politik bzw. den vermachteten Akteuren der Peripherie. Sie greifen der Diskussion auf der Inputseite vor und besorgen sich mit ihren kommunikativen Beiträgen die Legitimation, die sie benötigen. Die Akteure des Zentrums agieren vor einem Publikum, die Akteure der Zivilgesellschaft sind aus dem Publikum hervorgegangen (Habermas 1992: 453).

Wie wird kommuniziert? In einer autochthonen Öffentlichkeit werden Themen und Positionen zu Themen mit Argumenten begründet, „also durch den geregelten Austausch von Informationen und Gründen zwischen Parteien, die Vorschläge einbringen und kritisch prüfen“ (Habermas 1992: 370). Das Nennen von Gründen bei der Formulierung von

<sup>5</sup> Einerseits definiert Habermas Öffentlichkeit immer wieder als Bereich, in dem alle Bürger (und nicht kollektive Akteure) mit Argumenten öffentliche Belange diskutieren. („Die politische Öffentlichkeit kann ihre Funktion, gesamtgesellschaftliche Probleme wahrzunehmen und zu thematisieren, freilich nur in dem Maße erfüllen, wie sie sich aus den Kommunikationszusammenhängen der potentiell Betroffenen bildet. Sie wird von einem Publikum getragen, das sich aus der Gesamtheit der Bürger rekrutiert (Habermas 1992: 441).“) Andererseits nimmt Habermas – wie wir gesehen hatten – auf kollektive Akteure der Zivilgesellschaft als die legitimen Sprecher der Öffentlichkeit Bezug.

Aussagen ist das eine, die Bezugnahme auf die Argumente der anderen Akteure ein zweites Kriterium autochthoner Kommunikation; der Diskurs einer autochthonen Öffentlichkeit zeichnet sich drittens durch die Tatsache aus, daß die kommunikativen Beiträge ein hohes Rationalitätsniveau aufweisen. Unterschiedliche Rationalitätsniveaus der Kommunikation kann man mit Hilfe der Arbeiten von Jean Piaget genauer bestimmen; ich werde dies weiter unten noch erläutern.

Ob in einer Öffentlichkeit mehr oder weniger diskursiv kommuniziert wird, hängt entscheidend von der Zusammensetzung der Sprecher ab. Habermas geht davon aus, daß sich die Akteure der Peripherie anders kommunikativ verhalten als die Akteure des Zentrums. Akteure der Peripherie und vor allem die zivilgesellschaftlichen Akteure sind im Gegensatz zu den Akteuren des Zentrums frei davon, Entscheidungen fällen zu müssen, frei von ideologischen Einengungen und frei von dem Interesse der jeweiligen Organisation an sich selbst (Habermas 1989: 473). Dies macht sie unbefangener. Geltungsgründe von zur Diskussion stehenden normativen Fragen zu prüfen: „Freie Assoziationen bilden die Knotenpunkte eines aus der Verflechtung autonomer Öffentlichkeiten entstehenden Kommunikationsnetzes. Solche Assoziationen sind auf die Erzeugung und Verbreitung praktischer Überzeugungen, also darauf spezialisiert, Themen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz zu entdecken, Beiträge zu möglichen Problemlösungen beizusteuern, Werte zu interpretieren, gute Gründe zu produzieren, andere zu entwerfen“ (Habermas 1989: 474). Akteure des Zentrums der Politik sind hingegen eingespannt in die Restriktionen ihrer Rollendefinitionen, die Ideologien ihrer Parteien und Interessengruppen und die Interessen der jeweiligen Organisation an sich selbst. Sie sind nicht frei von internen und externen Zwängen (Habermas 1992: 370). Dies verhindert ein freies Reden und die Prüfung von Normen auf ihre Legitimität hin. Insofern verbindet Habermas mit einer autochthonen Öffentlichkeit und einer Dominanz der Akteure der Zivilgesellschaft die Hypothese, daß sich die Diskussion auf einem höheren Rationalitätsniveau als in einer vermachteten Öffentlichkeit abspielen wird. Es ist genau dieser postulierte Zusammenhang zwischen verschiedenen Akteuren einerseits und ihrem diskursiven Verhalten andererseits, der den Anteil an empirisch überprüfbaren Aussagen innerhalb des normativen Öffentlichkeitsmodells ausmacht, den wir im Kapitel V dann getrennt überprüfen werden.

3. Welche Effekte und Resultate ergeben sich aus den Kommunikationen? Das Resultat einer Diskussion einer vermachteten Öffentlichkeit besteht in einer administrativ erzeugten Macht, einer beschafften Massenloyalität für Entscheidungen des Zentrums der Politik durch das Zentrum der Politik. Das Resultat einer Diskussion einer autochthonen Öffentlichkeit besteht hingegen in einem diskursiv geprüften Konsens, zumindest in einer diskursiv abgeschlossenen Mehrheitsmeinung. Habermas geht davon aus, daß bei Fragen, die in eine politische Entscheidung überführt werden müssen, am Ende ein Mehrheitsbeschuß genügt (Habermas 1992: 371). Diskursiv hergestellte Mehrheitsentscheide können aber im Unterschied zu einer hergestellten Zustimmung für sich den Anspruch reklamieren, legitimierte Entscheidungen zu sein. „Nach der diskurstheoretischen Lesart muß die Mehrheitsmeinung eine interne Beziehung zur Argumentationspraxis aufrechterhalten. ... Eine Mehrheitsentscheidung darf nur so zustande kommen, daß ihr Inhalt als das rational motivierte, aber fehlbare Ergebnis einer unter Entscheidungsdruck vorläufig beendeten Diskussion über die richtige Lösung eines Problems gelten darf“ (Habermas 1990: 42).

Es gibt einen weiteren Effekt diskursiver Verfahren der Willensbildung, der von Ha-

mas in einem Beitrag über „Staatsbürgerschaft und nationale Identität“ (1992a), in dem er Fragen der europäischen Integration diskutiert, ausgearbeitet wurde. Diskursive Verfahren einer autochthonen Öffentlichkeit haben gemeinschaftsbildende Funktionen. Die Bürger einer Gesellschaft erfahren, daß sie die Belange ihrer Gesellschaft aktiv mitbestimmen können und entwickeln auf diesem Weg eine Identifikation mit und ein „Commitment“ gegenüber den Strukturen ihrer Gesellschaft und konstituieren so die Gemeinschaft der Gesellschaft. Mit diesem Argument verbindet Habermas sein Modell diskursiver Öffentlichkeit mit der Kommunitarismuskritik (vgl. Taylor 1992/1993).

Die Hoffnungen und Ansprüche, die Habermas an eine gut funktionierende Öffentlichkeit stellt, sind hoch gesteckt. Ihre Realitätsnähe ist fraglich, ihr normativer Status wird von Habermas selbst ambivalent eingeschätzt. Auf der einen Seite lohnt die Mühe eines solch argumentativ dichten Verfahrens der Begründung einer guten Öffentlichkeit nicht, wenn sie auch in irgendeiner Weise zur Beurteilung von Realitäten benutzt werden kann. Auf der anderen Seite sieht Habermas die Strenge seiner Kriterien, an denen gemessen die Welt nur scheitern kann. „Keine komplexe Gesellschaft wird, selbst unter günstigen Bedingungen, je dem Modell reiner kommunikativer Vergesellschaftung entsprechen können. Aber dieses hat auch nur, was wir nicht vergessen sollten, den Sinn einer methodischen Funktion, die die unvermeidlichen Trägheitsmomente gesellschaftlicher Komplexität, also die Rückseite kommunikativer Vergesellschaftung ans Licht bringen soll – eine Rückseite, die den Teilnehmern selbst im Schatten der idealisierenden Voraussetzungen kommunikativen Handelns weitgehend verborgen bleibt“ (Habermas 1982: 396). Ähnlich wie in der Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas 1981) die ideale Sprechsituation kontrafaktische Unterstellung eines jeden Diskurses angenommen wird und damit den Status einer regulativen Idee erhält, ähnlich bezeichnet Habermas sein Konzept einer autochthonen Öffentlichkeit als methodische Fiktion, die als Bewertungsmaßstab von Realitäten dienen kann, zugleich aber immer Fiktion bleibt.

## 2. Das Modell einer liberalen Öffentlichkeit

Das Modell einer liberalen Öffentlichkeit läßt sich im Unterschied zu der Idee einer diskursiven Öffentlichkeit keinem Autor allein eindeutig zuordnen. Bezugspunkte des Modells einer liberalen Öffentlichkeit bilden zum einen systemtheoretische Überlegungen zur Öffentlichkeit und zu den Massenmedien (Luhmann 1971, 1990, 1993, 1995; Gerhards und Neidhardt 1990; Gerhards 1993, 1994; Marcinkowski 1993), zum anderen Konzepte der liberalen Demokratietheorie (Rawls 1993; Ackerman 1980, 1989).

Die Unterschiede zwischen dem Modell einer diskursiven und einer liberalen Öffentlichkeit beziehen sich in erster Linie auf die von Habermas definierten normativen Gütekriterien des öffentlichen Diskurses. Im Hinblick auf eine topographische Verortung der Öffentlichkeit ergeben sich hingegen kaum Differenzen zu der Habermasschen Vorstellung. Habermas bezieht sich bei seiner Klassifikation der Akteure in solche des Zentrums und der Peripherie auf Modellvorstellungen von Bernhard Peters (1993). In der politischen Wissenschaftlichen Literatur findet man viele Ordnungsversuche, die mit unterschiedlichen Begriffen operieren, in der Sache aber häufig ähnlich beschreiben. Die meisten dieser Klassifikationsversuche sind inspiriert durch die Adaption und Ausarbeitung der Par-

sonianischen Systemvorstellung von Politik durch David Easton (1965, 1990). Easton aggregiert die verschiedenen Sozialpositionen des politischen Systems entlang einer Einteilung des Prozesses der Politikherstellung. Ausgehend von der Sozialposition der Bürger des politischen Systems unterscheidet er zwischen den Akteuren der Interessenartikulation (soziale Bewegungen, Interessengruppen), die die Interessen der Bürger transportieren, den Parteien, die Interessen aggregieren, der Legislative, die diese in Politiken (policies) übersetzt, der Exekutive, die kollektiv verbindliche Entscheidungen herstellt, und der Administration, die die getroffenen Entscheidungen verbindlich gegenüber den Bürgern durchsetzt. Eine ähnliche – den Prozeß von „Input“, „Throughput“ und „Output“ nachzeichnende – Einteilung wurde von Dieter Fuchs in einer Metatheorie des demokratischen Prozesses weiter verfeinert (vgl. Fuchs 1993: 32ff). Öffentlichkeit bildet in diesem Theorierahmen – ähnlich wie bei Habermas – ein intermediäres System der Vermittlung von Interessen zwischen den Bürgern, den Interessengruppen und den Akteuren des politischen Systems. Über öffentliche Kommunikationen können sich die Akteure wechselseitig beobachten und durch ihre Handlungen in der Öffentlichkeit beeinflussen (Gerhards 1993, 1994; Neidhardt 1994).

Wenn man die normativen Unterschiede zwischen einer liberalen und einer diskursiven Vorstellung von Öffentlichkeit herausarbeitet, muß man bedenken, daß die liberalen Demokratietheorien im Unterschied zu dem diskursiven Modell von Öffentlichkeit, das von Habermas unmittelbar mit einer Beschreibung eines demokratischen politischen Systems verknüpft wird, in erster Linie auf Strukturfragen des engeren politischen Systems bezogen bleiben, ohne die Funktion von Öffentlichkeit innerhalb einer demokratischen Ordnung ausführlich zu thematisieren.<sup>6</sup> Von den Theoretikern liberaler Demokratiemodelle hat Bruce Ackerman (1989; 1980) wohl noch am stärksten Fragen der Funktion von Öffentlichkeit und normativer Kriterien öffentlicher Kommunikation aufgenommen und dies auch in unmittelbarer Auseinandersetzung mit Habermas. Ich möchte deswegen kurz die Überlegungen Ackermans darstellen, um dann die normativen Merkmale eines liberalen Öffentlichkeitsmodells zu explizieren.

Ackerman geht davon aus, daß unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft unterschiedliche Vorstellungen im Hinblick auf zentrale moralische Fragen haben können und in aller Regel auch haben werden; er geht weiterhin davon aus, daß es keinen Bezugspunkt gibt, von dem aus ein Konsens zwischen den unterschiedlichen Positionen im Hinblick auf diese Grundsatzfragen erreicht oder bestimmt werden kann. Ackerman versucht, argumentativ plausibel zu machen, daß unterschiedliche normative Positionen auch nicht im praktischen Diskurs konsensuell geklärt werden können. Wenn dem aber so ist und Akteure ihren Dissens antizipieren können, warum bedarf es dann überhaupt noch der öffentlichen Diskussion zwischen Vertretern unterschiedlicher Positionen? Es gibt nach

<sup>6</sup> Die Bedeutung von Öffentlichkeit zur Legitimationserzeugung wird innerhalb dieser Vorstellung aber als weniger wichtig angesehen, weil die Legitimität der Politikherstellung durch das Zentrum der Politik ohne öffentliche Diskussion als gewichtiger eingeschätzt wird. Akteure des Zentrums der Politik sind alle durch Wahlen direkt oder indirekt demokratisch legitimierten Akteure. Dabei kommt der allgemeinen und gleichen Wahl in den liberalen Demokratievorstellungen eine wichtigere Bedeutung zu als in der deliberativen Vorstellung von Demokratie, weil über das allgemeine und gleiche Wahlrecht die individuellen Willen der Bürger am gerechtesten in einen Allgemeinwillen aggregiert werden.

serman zwei Gründe, warum öffentliche Kommunikation sinnvoll ist. Allein durch öffentliche Diskussionen werden unterschiedliche Positionen für die Akteure und alle anwesenden transparent, auch wenn aus der öffentlichen Kommunikation keine höheren Konzeptionen erwachsen (Ackerman 1989: 9).<sup>7</sup> Erst auf der Basis der Erfahrung einer öffentlichen Debatte wissen die Akteure, in welchen Punkten sie nicht übereinstimmen. Öffentlichkeit erfüllt dann in erster Linie die Funktion der Erzeugung von Transparenz in unterschiedlichen Positionen. Sind die Unterschiede in Grundsatzfragen öffentlich transparent geworden und gehen die Akteure davon aus, daß es keine Konsenschancen gibt, dann können sie sich in der Folge in ihren Kommunikationen auf die Fragen konzentrieren, die zwischen ihnen eventuell konsens- bzw. kompromißfähig sind und sich um eine kommunikative Einigung bemühen (Ackerman 1989: 19). Ackerman (1989: 19) verbindet diese Schlußfolgerung sogar mit einem normativen Gebot: dem Gebot der kommunikativen Selbstbeschränkung („*conversational restraint*“). Akteure sollen in ihren kommunikativen Beiträgen die Grundsatzfragen, die sich vorher als nicht konsensfähig herausgestellt haben, aus der Folgekommunikation ausschließen, um sich gerade auf konkretere Konsens- und Kompromißfragen zuwenden zu können.

Man kann nun die zentralen Unterschiede zwischen einem diskursiven und einem liberalen Modell von Öffentlichkeit entlang der oben diskutierten Fragen genauer bestimmen: 1. welche Akteure sollen in der öffentlichen Diskussion sichtbar werden, 2. wie soll kommuniziert werden und 3. welche Effekte kann man von öffentlicher Kommunikation erwarten.

Die autochthone Öffentlichkeit soll nach Habermas eine von den Akteuren der Peripherie und innerhalb dieser Akteursklasse, eine von den bürgernahen Akteuren der Zivilgesellschaft beherrschte Öffentlichkeit sein. Im normativen Bezugsrahmen einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit lassen sich keine guten Gründe für eine legitimierte Überrepräsentanz der Akteure der Peripherie gegenüber den Akteuren des Zentrums finden. Ackerman geht davon aus, daß alle Positionen zu normativen Fragen kommunikativ transparent gemacht werden müssen, so daß sie für alle anderen Akteure beobachtbar sind. Ackerman äußert sich nicht zu der Frage, in welcher Repräsentanz die unterschiedlichen Positionen öffentlich sichtbar sein sollen. Es liegt aber in der Logik liberaler Demokratie, folgende Schlußfolgerung zu ziehen: Die Stärke der Repräsentanz der Bürgerakteure in der öffentlichen Arena sollte die Verteilung der Interessenlagen der Bürgerregeln. Gerade für die Akteure des Zentrums der Politik – die Legislative, die Exekutive, einzelne Parteien, indirekt auch das Bundesverfassungsgericht – aber gilt, daß sie demokratisch, über Wahlen legitimierte Akteure sind. Es gibt in den verschiedenen Verfahren der Interessensvermittlung wahrscheinlich kein gerechteres Verfahren der Interessensabbildung als das Prinzip des allgemeinen und gleichen Wahlrechts („one man one vote“). Insofern können die kollektiven Akteure, die durch Wahlen legitimiert sind, auch eine besondere Legitimation in der Öffentlichkeit für sich reklamieren. Die Stärke des Zentrums der Politik in der Öffentlichkeit wäre aus dieser Perspektive kein pathologischer Befund, sondern ganz im Gegenteil Ausdruck einer demokratischen Öffentlichkeit.

<sup>7</sup> Diese Funktion von öffentlicher Kommunikation wird von Seyla Benhabib (1993: 155) in ihrer Kritik an Ackerman übersehen.

2. Kriterien der Diskursivität spielen in liberalen Vorstellungen von Demokratie und Öffentlichkeit fast keine Rolle. Ausgangspunkt jeder demokratischen Willensbildung sind die individuellen Präferenzen der einzelnen Bürger, die über Interessengruppen und Parteien Zugang zum politischen Zentrum finden. Demokratische Öffentlichkeit bedeutet, daß die heterogenen Individualwillen – repräsentiert durch die kollektiven Akteure – eine Kommunikationschance erhalten sollten. Öffentlichkeit sollte die verschiedenen Meinungen und Deutungen der gesellschaftlichen Akteure abbilden. Wie diese kommunizieren, ob sie mit oder ohne Argumente, mit oder ohne Bezug auf die anderen Sprecher oder auf einem hohen oder geringen Rationalitätsniveau diskutieren – all dies bleibt den jeweiligen Akteuren selbst überlassen. Wichtig ist allein, daß die verschiedenen Positionen und Deutungen eine Marktchance erhalten und somit von den anderen Akteuren und den Bürgern beobachtbar werden. Öffentlichkeit ist dann nichts weiter als der Spiegel der kommunizierten Beiträge einer pluralistischen Gesellschaft.

Gerade weil es aber kein Kriterium gibt, das normative Fragen entscheidbar macht, gilt das Gebot, daß die einen Akteure die Akteure mit anderen Positionen respektieren müssen. Insofern formuliert Ackerman für das Diskursverhalten der Akteure das Gebot des wechselseitigen Respekts: „... citizens of a liberal state must learn to talk to one another in a way that enables each of them to avoid condemning their own personal morality as evil or false“ (Ackerman 1989: 12).

3. Die Tatsache, daß Kriterien der Diskursivität in liberalen Vorstellungen von Öffentlichkeit kaum eine Rolle spielen, führt dazu, daß auch die Ansprüche an das Resultat öffentlicher Diskussionen eher bescheiden wirken. Die Erzielung von Konsens ist, geht man von einer Pluralität von Einzelinteressen aus, nicht wahrscheinlich und kann für sich auch keine besondere Legitimität reklamieren. Aber auch die Idee einer diskursiv begründeten Mehrheitsmeinung kann für sich nicht mehr Legitimität beanspruchen als eine Mehrheitsmeinung, die ohne anspruchsvollen Diskurs zustande gekommen ist. Der öffentlich aggregierte Gesamtwille ergibt sich aus der Aggregation der Individualmeinungen. Qualitätskriterien zur Beurteilung der öffentlichen Äußerungen werden abgelehnt, weil sie eine Instanz der Beurteilung unterstellen müssen, die jenseits der Individuen liegt.

Allerdings kann man aus der Perspektive einer liberalen Öffentlichkeitsvorstellung erwarten, daß Akteure den einmal öffentlich artikulierten Dissens nicht dauerhaft öffentlich wiederholen. Im Sinne des erläuterten Gebots einer kommunikativen Selbstbeschränkung gilt, daß Akteure in ihren kommunikativen Beiträgen die Grundsatzfragen, die sich vorher als nicht konsensfähig herausgestellt haben, aus der Folgekommunikation ausschließen sollen, um sich gerade konkretere Konsens- und Kompromißfragen zuwenden zu können.

Wir haben damit die Grundstruktur des Habermasschen Modells von Öffentlichkeit und eines liberalen Modells von Öffentlichkeit hinreichend rekonstruiert, um die beiden Modellvorstellungen nun mit Ergebnissen einer systematischen Inhaltsanalyse eines massenmedialen Diskurses konfrontieren zu können. In *Abbildung 1* sind die herausgearbeiteten Unterschiede der beiden Modellvorstellungen von Öffentlichkeit schematisch zusammengefaßt.

Bildung 1: Ideotypische Gegenüberstellung der Modelle einer liberalen und einer diskursiven Öffentlichkeit

	Liberaler Öffentlichkeit	Diskursive Öffentlichkeit
Input Akteure	Kollektive Akteure	Individuelle Akteure oder bürgernahe kollektive Akteure der Zivilgesellschaft
Akteursrepräsentanz	Zugangschancen für alle Akteure/Abbildung der Akteurspräferenzen der Bürger	Dominanz der Akteure der Zivilgesellschaft
Kommunikation der Öffentlichkeit	Alle Kommunikationen und Handlungen sind zugelassen bei gleichzeitigem Respekt vor Akteuren mit anderen Meinungen	Kommunikation mit Bezug auf die anderen Akteure Kommunikation mit Begründungen Kommunikation auf einem hohen Rationalitätsniveau
I. Resultate	Öffentliche Meinung als kommunizierte Mehrheitsmeinung bestimmt durch die Aggregation der Individualkommunikationen Ausklammerung nicht konsensfähiger Fragen aus der Kommunikation	Konsens oder argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung Legitimität der Entscheidung Gemeinschaftsbildung durch Diskurs

### III. Datengrundlage und Methoden

Die empirische Grundlage der folgenden Ausführungen bildet eine Inhaltsanalyse der öffentlichen Debatte über Abtreibung in der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994. Inhaltsanalytisch erhoben wurde die Berichterstattung über Abtreibung in den beiden überregionalen Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Süddeutsche Zeitung“. Zusätzlich zu dieser Medienanalyse haben wir mit demselben Kategoriensystem eine Inhaltsanalyse von Dokumenten kollektiver Akteure durchgeführt, in denen diese ihre Position zur Abtreibungsfrage formulieren. Dies ermöglicht einen Vergleich zwischen der medialen Diskussion und den Selbstdarstellungen der Akteure.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Die Methode der hier angewandten Inhaltsanalyse versteht sich als ein Versuch der Weiterentwicklung des inhaltsanalytischen Instrumentariums. Eine ausführliche Erläuterung des methodischen Vorgehens, eine Auseinandersetzung mit anderen Verfahren, eine Begründung für die Auswahl der Zeitungen und eine genaue Beschreibung der Operationalisierung der Erhebung von Deutungsmustern findet sich in Gerhards und Lindgens (1995). Alternative

Die Analyseeinheit für die Inhaltsanalyse der Zeitungen war der gesamte überregionale politische Teil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und der Süddeutschen Zeitung (SZ). Für den Zeitraum 1980 bis 1994 wurden alle Artikel analysiert, die im Analysezeitraum zum Thema Abtreibung in den Zeitungen veröffentlicht wurden (Vollerhebung), für den Zeitraum 1970 bis 1979 wurden aus forschungswirtschaftlichen Gründen nur 50 Prozent zufällig ausgewählter Artikel codiert. Für die Datenauswertung haben wir die Jahrgänge, in denen nur 50 Prozent der erschienenen Artikel codiert wurden, um einen Faktor 2 gewichtet.

In die Inhaltsanalyse der Dokumente von Akteuren wurden allein Akteure einbezogen, die in dem jüngsten Zeitraum (1989–94) aktiv an der Abtreibungsdiskussion beteiligt waren. 155 dieser Akteure wurden angeschrieben und gebeten, uns ein Dokument, in dem ihre Grundsatzhaltung zur Abtreibungsfrage formuliert und begründet wird, zuzuschicken. Von 146 Akteuren erhielten wir eine Rückantwort; die zugesandten Schriftstücke waren aber nur zum Teil verwendbar (Geschäftsberichte etc. wurden ausgeschlossen). In die Inhaltsanalyse der Dokumente gingen schließlich 100 Dokumente ein.

Neben einer Codierung von Informationen auf der Basis von Zeitungsartikeln bzw. von Gesamtdokumenten haben wir eine Codierung der in einem Artikel/Dokument vorkommenden Aussagen von Akteuren durchgeführt. Das Definitionskriterium für die Existenz einer Aussage war formaler Art: die Identifikation eines Akteurs, der entweder wörtlich (in Anführungszeichen) oder in der indirekten Rede (Konjunktiv) zu Wort kommt. Diese Operationalisierung von Aussagen ermöglicht es in Hinsicht auf die Medienanalyse, zwei verschiedene Aussage Träger bzw. Sprecher zu unterscheiden: extramediale Akteure wie die Parteien, die sozialen Bewegungen, die Judikative etc. einerseits und die Journalisten der Medien andererseits.<sup>9</sup> Innerhalb der Klasse aller so erhobenen Aussagen haben wir je nach Aussageobjekt drei inhaltlich spezifizierte Arten von Aussagen unterschieden: a) Aussagen, die sich auf *andere Akteure als Aussageobjekte* beziehen und diese bewerten; b) Aussagen, die sich auf die Thematisierung *politischer Regelungsmodelle* und die Positionen, die Akteure dazu einnehmen können, beziehen und c) Aussagen, die das Thema in unterschiedlichen Deutungsmustern rahmen. Den letzten Typus an Aussagen haben wir *„Idee-Elemente“* genannt.<sup>10</sup> Mit der Erhebung von Idee-Elementen wollen wir die interpretatorische Rahmung des Abtreibungsthemas durch Plazierung des Themas in unterschiedlichen Bedeutungsrahmen messen. Die Plazierung eines Themas in unterschiedlichen Bedeutungsrahmen hat zur Folge, daß das Thema selbst durch das Kräftefeld von Bedeutungen des jeweiligen Rahmens in seiner Bedeutung geprägt wird und entsprechend in unterschiedlichen Rahmen zu einem bedeutungsmäßig unterschiedlichen Thema wird. Die Analysen in diesem Beitrag beziehen sich fast ausschließlich auf diese Aussageklasse; entsprechend werde ich diese genauer erläutern.

<sup>9</sup> Überlegungen zur Weiterentwicklung der Inhaltsanalyse findet man bei Roberto Franzosi (1990, 1995), Edeltraud Roller und Rainer Mathes (1993) und Werner Früh (1989).

<sup>10</sup> Wenn z.B. die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Kerstin Müller in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit einer Aussage wörtlich zitiert wurde, dann wurde diese Aussage Kerstin Müller als Sprecherin zugerechnet, auch wenn die Aussage durch den Redakteur der Frankfurter Allgemeinen transportiert wurde.

<sup>11</sup> Der Begriff Idee-Element („Idea-Element“) ist zuerst von Philip Converse (1964) in einer Arbeit über „Belief-Systems“ verwendet worden.

schiedenen Deutungsrahmen lassen sich sechs Rahmen als moralische Deutungen des Themas, zwei als pragmatische Deutungen des Themas klassifizieren. 85,2 Prozent der Idee-Elemente lassen sich den moralischen Deutungsrahmen zuordnen, für die gilt, daß sie das Thema Abtreibung, wenn auch mit Bezugnahme auf unterschiedliche Werte und Vorstellungen, als moralisches Thema und ein auf Werte bezogenes Thema behandeln. Abtreibung wird also dominant als ein moralisches Thema interpretiert, in dem unterschiedliche Werte auf dem Spiel stehen.

Der mit 25,5 Prozent der Nennungen mit Abstand häufigste Rahmen, der von den Akteuren des Abtreibungsthemas zur Anwendung gebracht wird, ist der „Definition des Fötus als menschliches Leben“. Hier wird die Frage verhandelt, ob es sich bei dem Fötus um menschliches Leben handelt. Damit wird das Thema Abtreibung mit einem der zentralsten Werte der Gesellschaft überhaupt verknüpft. Der Schutz der körperlichen und geistigen Existenz des Menschen ist einer der wichtigsten, wenn nicht der zentrale Wert westlicher Gesellschaften. Er ist Teil der Menschenrechte und zugleich den anderen Menschenrechten vorgelagert, weil er eine notwendige Bedingung und Voraussetzung für deren Geltung ist. Die zentrale Stellung dieses Werts wird durch die Tatsache unterstrichen, daß er an erster Stelle des Grundgesetzes steht.

b) Die gesetzlichen Regelungen des § 218 gehören zu den politischen Themen, die nicht im Arkanbereich der politischen Routinen allein im Zentrum des politischen Systems bearbeitet und beschlossen wurden, sondern zu den Themen, die öffentliche Debatten ausgelöst haben. *Abbildung 2* zeigt, daß es in dem von uns analysierten Zeitraum lang andauernde und dichte öffentliche Debatten gab.

Die Verteilung der Artikel ist zweigipflig; die Hochphasen des Diskurses liegen 1974 und 1991 mit einem jeweiligen Vorlauf und Nachlauf in den Jahren unmittelbar vor und nach diesen Jahren. Die öffentlichen Debatten gruppieren sich damit um die politischen Entscheidungsprozesse der Gesetzgebung und der Gesetzgebungsprüfung durch das Bundesverfassungsgericht (vgl. Rucht 1994): Zu Beginn der 70er Jahre wurden verschiedene politische Reformierungsvorschläge diskutiert, die in den Beschlüssen des Bundestages für ein Fristenmodell im Jahr 1974 (April) mündeten. 1975 (Februar) wurde die beschlossene Fristenregelung vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt; die dann folgende Debatte über verschiedene gesetzliche Regelungen mündete in der Verabschiedung der Indikationsregelung durch den Bundestag im Februar 1976. Der zweite Gipfel in der öffentlichen Debatte verläuft zeitgleich mit der Notwendigkeit der gesetzlichen Neuregelung nach der Wiedervereinigung:<sup>11</sup> die Festlegung einer Übergangsregelung im Einleitungsvertrag 1990, die ersten Debatten über verschiedene Regelungsmodelle im Bundestag 1991, die Verabschiedung des sogenannten Gruppenantrags 1992, die Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht mit der Urteilsprechung im Mai 1993 und dem erneuten Versuch einer gesetzlichen Regelung, die erst 1995, also außerhalb unseres Untersuchungszeitraums, zum Abschluß kommt. Öffentliche Debatten über das Abtreibungsthema sind also mit den politischen Entscheidungsprozessen eng verzahnt, ja sie sind

<sup>11</sup> Die relativ starke Medienresonanz im Jahr 1988 steht nicht im Zusammenhang mit den parlamentarischen Bemühungen um eine gesetzliche Regelung. 1988 findet in Memmingen der Prozeß gegen den Arzt Theissen statt, der bestraft wird, illegal Abtreibungen durchgeführt zu haben.

Die Variable Idee-Elemente umfaßt insgesamt acht Rahmen, die jeweils durch die Stelle eines dreistelligen Codes gekennzeichnet sind. Innerhalb dieser acht untercheidbaren Rahmen gibt es Teilrahmen, die jeweils durch die zweite Stelle des dreistelligen Codes gekennzeichnet sind. Innerhalb dieser Teilrahmen befinden sich dann als die einzelnen Variablenausprägungen die Idee-Elemente, die durch die dritte Stelle des dreistelligen Codes gekennzeichnet sind. Die Idee-Elemente des Codebuchs sind wiederum durch Beispiele illustriert. Codiert wird immer nur das Vorkommen eines Idee-Elements. Sofern hat die Variable Idee-Elemente ein nominales Skalenniveau. Die Rahmen, die innerhalb der Idee-Elemente selbst sind nicht formal-syntaktisch, sondern inhaltlich-semantisch definiert. Idee-Elemente bilden folglich eine strukturierende Idee innerhalb des Teilrahmens, der wiederum Bestandteil eines umfassenderen Rahmens ist. Die Variable Idee-Elemente ist also hierarchisch aufgebaut in dem Sinne, daß jedes Idee-Element Bestandteil eines Teilrahmens ist, der selbst wiederum Teil eines größeren Rahmens ist. Mit den jeweiligen Rahmen sind nicht automatisch Positionen zur Abtreibungsfrage verbunden. Man kann innerhalb des Rahmens „Selbstbestimmung der Frau“ sowohl eine Begründung für eine Freigabe der Abtreibung mit Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht plaziert sein, als auch eine Ablehnung einer Freigabe der Abtreibung, weil Frauen nicht in der Lage sind, selbst bestimmen zu können, als auch eine Ablehnung des Rahmens „Selbstbestimmung der Frau“ selbst. Eine Erläuterung der verschiedenen Bedeutungsrahmen findet sich an anderer Stelle (vgl. Gerhards und Lindgens 1995). Ich beziehe mich im folgenden fast ausschließlich auf eine Auswertung der Idee-Elemente, die von den Akteuren im medialen Diskurs verwendet wurden.

#### IV. Diskursive versus liberale Öffentlichkeit und die Struktur des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 – 1994

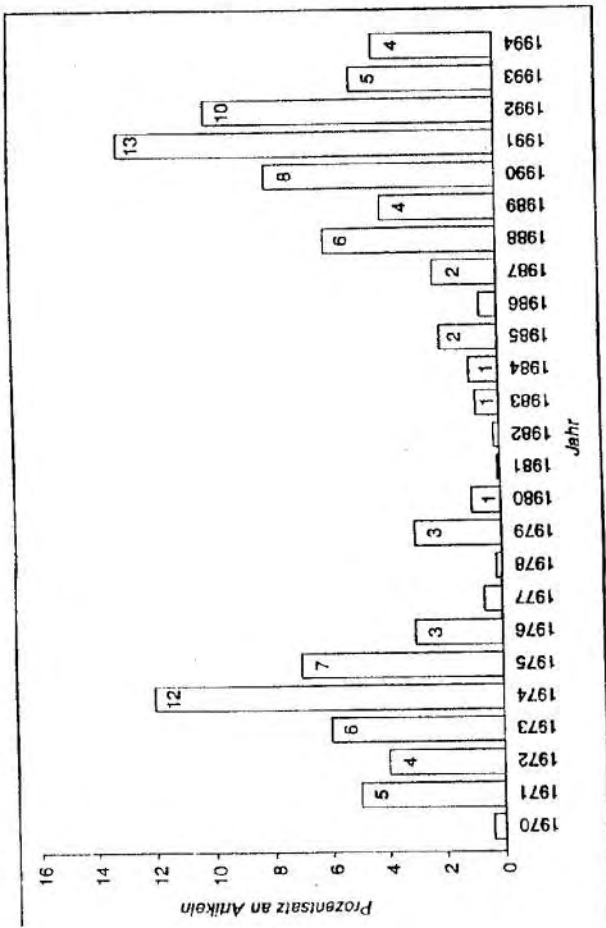
Wohl das diskursive als auch das liberale Modell von Öffentlichkeit stellen normative Vorstellungen von Öffentlichkeit dar; da sich normative Theorien – wie oben ausgeführt – nicht direkt falsifizieren lassen, ist die Zielsetzung der Ausführungen dieses Kapitels entsprechend bescheiden. Ich werde versuchen, eine empirische Antwort auf die Frage zu geben, welches der beiden Öffentlichkeitsmodelle für die analysierte öffentliche Debatte über Abtreibungen wirklichsnäher ist. Erst im nächsten Abschnitt V sollen dann die empirisch testbaren Elemente der normativen Theorie analysiert werden.

Zunächst soll geklärt werden, ob der Abtreibungsdiskurs empirisch zu den politischen Themen gehört, die einem „außergewöhnlichen“ Kreislauf der Politikherstellung unterworfen sind. Die öffentlichen Diskussionen über Abtreibungen erfüllen die beiden Eingangskriterien der Habermasschen Öffentlichkeitsvorstellung: a) Das Abtreibungsthema wurde als normatives Problem interpretiert und gedeutet, bei dem ein Konflikt um grundlegende Werte der Gesellschaft bestand. Insofern ist die Voraussetzung gegeben, daß der öffentliche Diskurs, aber außergewöhnliche Kreisläufe der Politikherstellung, der öffentliche Diskurs, von den Akteuren einbezogen wird. b) Das Thema wurde öffentlich diskutiert, bevor im Zentrum der Politik darüber entschieden wurde.

Das Abtreibungsthema ist in erster Linie als Konflikt über Werte von den Akteuren eingebezieht worden. Dafür lassen sich zwei Indikatoren ins Feld führen. Von den acht ver-



Abbildung 2: Anzahl der Artikel zum Thema Abtreibung in FAZ und SZ (in Prozent)



sen zeitlich vorgeschaltet. Die Debatten über die Abtreibungsregelung erfüllen damit e Habermasschen Kriterien eines außerordentlichen Kreislaufs der Politikherstellung. Ich werde im folgenden die Struktur der öffentlichen Kommunikation über Abtrei- ungen analysieren und mit den beiden Öffentlichkeitsmodellen vergleichen. Da die Ha- ermassche Vorstellung von Öffentlichkeit bezüglich der meisten Merkmale über ein li- erales Modell hinausgeht, lege ich das anspruchsvollere Modell als Bezugspunkt der em- ritischen Überprüfung zugrunde. Ich orientiere mich an dem in *Abbildung 1* festgehaltenen eilaufsmodell und frage nach der Repräsentanz von Akteuren in der Öffentlichkeit (1.), ach der Art des öffentlichen Diskurses (2.) und nach dem Resultat und der Entwicklung es Diskurses (3.).

### 1. Repräsentanz von Akteuren in der Öffentlichkeit

Der jeweilige Sprecher einer Aussage wurde mit Name und Vorname erhoben; wir haben zugleich die Organisation und/oder die Partei des Sprechers erhoben, für die er in der öffentlichen Kommunikation auftrat. Der individuelle Sprecher bildet mit der Nennung einer Organisation gleichsam den Repräsentanten eines kollektiven Akteurs. In nur 0,3 Prozent der Fälle kamen Einzelpersonen, die für keinen kollektiven Akteur sprachen, zu Wort. Die öffentliche Arena ist fast ausschließlich (99,7 Prozent) von Repräsentanten der kollektiven Akteure besetzt. Hier treffen organisierte Sprecher und nicht Einzelpersonen aufeinander.

Wir haben die Organisationen der Sprecher auf einem möglichst disaggregierten Niveau erhoben. Die verschiedenen Akteure der katholischen Kirche: z.B. reichen vom Zentral-

komitee der deutschen Katholiken bis hin zu den St. Georgs Pfadfindern; die Akteure der Exekutive sind spezifiziert durch Bundes- und Landesebene und dann u.a. durch die verschiedenen funktional differenzierten Bereiche (Ministerien für Inneres, Justiz, Gesundheit etc.); die Frauenbewegung ist aufgefächert in die einzelnen Gruppierungen, wenn sie denn als solche genannt wurden. Auf diesem disaggregierten Niveau der Erhebung haben sich insgesamt 169 *kollektive Akteure* an der Debatte über Abtreibung beteiligt. Die Reichweite der Akteure ist hoch: Sie reicht vom Bundeskanzler über die einzelnen Parteien und ihre Jugend-, Landes- und Kommunalgruppierungen, Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen (Juristen, Psychologen, Mediziner, Philosophen, Max-Planck-Institut-Direktoren), unterschiedliche Berufsverbände (vom Deutschen Anwaltsverein bis zum Marburger Bund), dem pharmazeutischen Unternehmen Hoechst bis zu verschiedenen Gewerkschaften, Lebensschützergruppen und Frauengruppierungen. Das Spektrum ist also in seiner Reichweite groß und weit gefächert. Vergleicht man eine solche Reichweite z.B. mit der Repräsentanz öffentlicher Akteure in der Abtreibungsdebatte der DDR (vgl. Solga 1991), dann wird man nicht umhin kommen, die bundesrepublikanische Debatte im Hinblick auf die Präsenz unterschiedlicher Akteure als pluralistisch zu bewerten.<sup>12</sup> Es scheint keine grundsätzlichen Zugangsbarrieren zur Öffentlichkeit zu geben; insofern ist das Kriterium, daß alle Positionen zu normativen Fragen kommunikativ transparent gemacht werden müssen, erfüllt.

Daß einer Vielzahl von Akteuren der Zugang zur Öffentlichkeit offen steht, sagt aber noch nichts aus über die unterschiedliche Intensität, mit der die Akteure dort zu Wort kommen bzw. zu Wort kommen sollen. Habermas spricht der Öffentlichkeit das Attribut einer aurochthonen Öffentlichkeit dann zu, wenn die Arena von den Akteuren der Peripherie des politischen Systems und vor allem von den Akteuren der Zivilgesellschaft beherrscht wird. Davon unterscheidet Habermas den normativ abweichenden Fall einer vermachteten Öffentlichkeit; diese ist bestimmt durch die Dominanz der Akteure des Zentrums der Politik. Wir haben die 167 Akteure zu Akteurskategorien aggregiert und diese dann wiederum nach Zentrum und Peripherie klassifiziert.

Zwar haben die Akteure der Peripherie die stärkste Repräsentanz in der öffentlichen Arena, allerdings sind es nicht die gering vermachteten, locker organisierten Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die nach Habermas den Bereich beherrschen sollen, die innerhalb der Gruppe der peripheren Akteure von Relevanz sind, sondern in erster Linie gut organisierte Akteure wie die Kirchen, die Wissenschaften und vor allem die den Diskurs beobachtenden Journalisten, die aber selbst auch in Organisationen eingebundene Spezialisten darstellen.

Zu den Gruppierungen, die man den Akteuren der Zivilgesellschaft zurechnen kann, gehören die Frauengruppen, die Lebensschützer und ein Teil der unter „Andere Akteure der Interessenartikulation“ zusammengefaßten Gruppierungen; die Frauengruppen können nur 0,5 Prozent, die Lebensschützer 0,3 Prozent der Aussagen für sich verbuchen. Aus

<sup>12</sup> Die Liberalisierung des Abtreibungsrechts durch die Einführung der Fristenregelung 1972 in der DDR verlief gänzlich ohne öffentliche Diskussion. Die neue gesetzliche Regelung wurde in den Medien bekannt gegeben, aber weder vor noch nach der Beschlußfassung findet man in der Presse eine Diskussion der Gesetzesnovellierung, obwohl die Gesetzesnovelle selbst nicht unumstritten war, was seinen Ausdruck u.a. in einer für DDR-Verhältnisse hohen Anzahl an Stimmenthaltungen in der Abstimmung in der Volkskammer fand.

Tabelle 1: Idee-Element Aussagen verschiedener Akteure (in Prozent)

Akteure des Zentrums des politischen Systems	44,8
Legislative	16,5
Exekutive	10,0
Armeen	8,4
Administration	0,5
Judikative	9,4
Akteure der Peripherie des politischen Systems	55,2
Kirchen	14,3
Bewegungen	0,5
Wohlfahrtsverbände	0,3
Andere Akteure der Interessenartikulation	4,2
Wissenschaften	7,6
Journalisten der FAZ und SZ	27,6
	(N=9019)

Der Perspektive der Habermasschen Theorie der Öffentlichkeit präsentiert sich die öffentliche Diskussion über Abtreibungen als eine vermachtete Öffentlichkeit: Akteure des Zentrums der Politik und organisierte Akteure der Peripherie produzieren die Öffentlichkeit, die sie zur Eigenlegitimation brauchen; eine Präsenz der wenig organisierten Akteure der Zivilgesellschaft ist kaum vorhanden.<sup>13</sup>

Im normativen Bezugsrahmen einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit sollte die Stärke der Repräsentanz der kollektiven Akteure in der öffentlichen Arena die Stärke der Interessenlagen der Bürger spiegeln. Die Stärke des Zentrums der Politik in der öffentlichen Debatte über Abtreibungen ist dann kein pathologischer Befund, sondern ganz im Gegenteil Ausdruck einer demokratischen Öffentlichkeit, da die Akteure des Zentrums durch Zahlen selektierte und damit an die Präferenzen der Bürger rückgekoppelte Akteure sind.

Schwieriger ist die unterschiedliche Repräsentanz der verschiedenen Akteure der Peripherie zu beurteilen. Im Rahmen einer liberalen Demokratietheorie sollten die verschiedenen Interessengruppen eine gleiche Repräsentanz erfahren, so daß insgesamt eine Interessenbalance entsteht. Von den in Tabelle 1 aufgeführten Akteuren der Peripherie lassen sich die Lebensschützer und die Kirchen einerseits sowie die Frauengruppen andererseits zwei unterscheidbaren Interessengruppen zurechnen. Mit 14,6 zu 0,5 Prozent der Nennungen sind die konservativen Interessengruppen hier eindeutig überrepräsentiert. Dies ist eine Schiefe, die im Konzept einer pluralistischen Öffentlichkeitsvorstellung als nicht legitim zu beurteilen ist. Die Ursache für diese Schiefe liegt auf der Tatsache zurückzuführen, daß sich auf der Seite der konservativen Gruppierungen ein gut organisierter und über

<sup>13</sup> Man kommt allerdings zu einer anderen Auslegung der Ergebnisse, wenn man die Rolle der Journalisten anders interpretiert. Deutet man diese Akteursgruppe, die selbst keine Interessengruppe darstellt, als eine Stellvertretung der Interessen der Bürger in der Debatte, dann manifestiert sich die Zivilgesellschaft in der Öffentlichkeit nicht selbst, sondern vermittelt durch die Berufsgruppe der Journalisten. Daß sie die mit Abstand höchste Anzahl an Nennungen erhalten, könnte man dann als Anzeichen einer autochthonen, wenn auch repräsentativ-autochthonen Öffentlichkeit interpretieren.

eine gewaltige Infrastruktur verfügender Interessensverband wie die Kirche eingemischt hat, während auf der Gegenseite eine Schützenhilfe durch einen der etablierten Verbände (auf die Gewerkschaften fallen 0,2 Prozent der Nennungen) ausgeblieben ist.

## 2. Kommunikation in der Öffentlichkeit

a) *Wechselseitiger Respekt der Kommunikationspartner*. Kriterien der Diskursivität spielen in liberalen Vorstellungen von Demokratie und Öffentlichkeit fast keine Rolle. Eine Ausnahme bildet die Norm des wechselseitigen Respekts. Gerade weil es kein Kriterium gibt, das normative Fragen entscheidbar macht, gilt das Gebot, daß die einen Akteure die Akteure mit jeweils anderen Positionen respektieren sollen.

Unsere Daten ermöglichen nur eine sehr grobe Messung des Prinzips des wechselseitigen Respekts. Wir haben drei verschiedene Typen von Aussagen erhoben; eine der kodierten Aussagenklassen umfaßt alle Aussagen, die sich auf *andere Akteure als Aussageobjekte* beziehen. Wir haben zusätzlich zu dem jeweiligen Akteur, der mit einer Aussage thematisiert wird, die Tendenz der Bewertung des Akteurs mit Hilfe einer 5er Skala gemessen, die von „sehr positiv“ bis zu „sehr negativ“ reicht. Die Kategorie „sehr negativ“ wurde dann vergeben, wenn ein Akteur mit despektierlichen Attributen (Beispiel: „Propagandaminister“, „Kirchen sind instinklos“ etc.) versehen wurde. Wir sprechen von einer Verletzung des Prinzips des respektvollen Umgangs miteinander, wenn Akteure andere Akteure sehr negativ bewerten; alle anderen Skalenpunkte (sehr positiv; positiv; ambivalent; negativ) interpretieren wir als eine Operationalisierung eines respektvollen Umgangs miteinander.

95 Prozent der 1018 Aussagen, die sich bewertend auf andere Akteure beziehen, sind nach unserer Operationalisierung Aussagen, die den Respekt vor dem jeweilig anderen Akteur bewahren. Nur 5 Prozent der Aussagen lassen sich als despektierliche Aussagen klassifizieren. Der Abtreibungsdiskurs in der Bundesrepublik zeichnet sich damit ganz dominant als ein durch das Prinzip des wechselseitigen Respekts strukturierter Diskurs aus.

b) *Begründungen von Aussagen und Bezugnahme der Akteure aufeinander*. Habermas geht davon aus, daß die unterstellten Geltungsansprüche einer Norm, wenn diese stringent geworden sind – und dies ist beim Abtreibungsthema der Fall –, im praktischen Diskurs der Kommunikationspartner mit Argumenten begründet werden müssen. Wir können mit den von uns erhobenen Daten überprüfen, in welchem Maße in der Öffentlichkeit von den Akteuren überhaupt Begründungen zur Stützung ihrer Positionen benutzt wurden. Das Nennen von Gründen für Positionen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß es im zweiten Schritt eventuell zu einem Konsens bzw. zu einer begründeten Mehrheitsentscheidung kommen kann. Wir sind nicht in der Lage, alle Idee-Elemente danach zu klassifizieren, ob es sich bei ihnen um Argumente handelt oder nicht; wir können dies aber für einzelne Rahmen bewerkstelligen. Innerhalb des ersten Rahmens, den wir als „Definition des Fötus als Leben“ überschrieben haben, gibt es verschiedene Teilrahmen. Ein Teil der Idee-Elemente innerhalb dieses Rahmens enthält die Behauptung, daß es sich bei dem Fötus um Leben handelt bzw. daß es sich nicht um Leben handelt. Ein anderer Teil der Idee-Elemente verknüpft die Behauptung zusätzlich noch mit einer Begründung (vgl.

**Tabelle 3:** Anteil der Idee-Elemente eines Rahmens mit und ohne Begründung in den Dokumenten der Akteure (in Prozent)

Definition des Fötus als Leben ohne Begründung	56,8
Zurückweisung der Behauptung, Fötus sei Leben ohne Begründung	2,1
Definition des Fötus als Leben mit Begründung	38,5
Zurückweisung der Behauptung, Fötus sei Leben mit Begründung	2,7
N=190	

gründungen versehen noch ihr Kommunikationsverhalten die Form eines Diskurses in der Weise aufweist, daß A etwas sagt und B versucht, dies zu widerlegen. Diskurs im Sinne eines hin und her Laufens der Argumentation bleibt eine Ausnahme. Im normativen Theorierahmen einer diskursiven Öffentlichkeit lassen sich diese Befunde als Defizite der Wirklichkeit etikettieren; wir haben gesehen, daß man dieses Defizit nicht der Struktur medialer Öffentlichkeit, sondern dem Kommunikationsverhalten der Akteure selbst anlasten muß. Im Rahmen einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit, aus dem sich keine normativen Kriterien im Hinblick auf das „Wie“ der Kommunikation ableiten lassen, kann man die Ergebnisse entsprechend auch nicht beklagen.

c) *Das Rationalitätsniveau des Diskurses.* Das Nennen von Gründen und die Bezugnahme auf andere Argumente sind zwei der Gütekriterien von Diskursen. Das Rationalitätsniveau ist ein weiteres Merkmal, das man zur Beurteilung von Diskursen anwenden kann. Was ist darunter zu verstehen?

Jürgen Habermas (1973) hat die Modelle der Moral- und Intelligenzentwicklung auf den Bereich des Sozialen übertragen. Rainer Döbert (1996) gibt dazu einen fundierten Überblick und entwickelt im Anschluß an die Arbeiten von Jean Piaget (1975) und Jürgen Habermas ein einleuchtendes Stufenmodell unterschiedlicher Rationalitätsniveaus, an dem ich mich im folgenden orientieren werde.

1. Akteure können in ihrer Argumentation zum einen einen existierenden Wertekonflikt verleugnen bzw. verdrängen. Sie beziehen sich auf den für Sie verbindlichen Wert, subsumieren das jeweilige Thema, über das gestritten wird, unter diesen Wert und halten damit ihre Position für begründet. So können Akteure im Abtreibungskonflikt den Wert der Selbstbestimmung der Frau ansprechen und das Thema Abtreibung unter diesen Wert subsumieren und daraus ihre Position einer Legalisierung von Abtreibungen ableiten, ohne alternative Bewertungsmaßstäbe zu berücksichtigen. Eine solche Argumentation hat ein niedriges Rationalitätsniveau, weil sie erst gar nicht die Argumentation, die sich auf einen anderen Wert bezieht, wahrnimmt und in Rechnung stellt.

2. Auch auf dem zweiten Rationalitätsniveau werden die Negationen der eigenen Werte noch nicht berücksichtigt. Ausgangspunkt bleibt die Bezugnahme auf einen Wert. Allerdings werden nun Ausnahmen für eine Wertanwendung definiert, indem nach Handlungskontexten differenziert wird und eine Anwendung des Werts auf das zur Diskussion stehende Konfliktthema ausgeschlossen wird. So unterstützen Akteure im Abtreibungskonflikt den Wert des Lebensschutzes, definieren aber den Fötus in den ersten Monaten

Lindgens 1995). Diese Unterscheidung ermöglicht es uns zu überprüfen, inwieweit die Maßstäbe im Diskurs mit Begründungen gearbeitet wird.

2) Anteil der Idee-Elemente eines Rahmens mit und ohne Begründung (in Prozent)

Definition des Fötus als Leben ohne Begründung	57,5
Zurückweisung der Behauptung, Fötus sei Leben ohne Begründung	2,1
Definition des Fötus als Leben mit Begründung	35,8
Zurückweisung der Behauptung, Fötus sei Leben mit Begründung	4,4
N=1520	

fast 60 Prozent der Fälle benutzen Akteure allein Behauptungen, ohne diese näher zu begründen. Die öffentliche Debatte über Abtreibung ist also in einem geringeren Maße mit Begründungen betriebene Debatte. Sie folgt nicht der normativen Logik der Selbstvorstellung einer diskursiven Öffentlichkeit.

Neben der Benutzung von Begründungen bildet die Bezugnahme der Argumente auf andere ein zweites Element eines autochthonen Diskurses. Der Begriff des Diskurses im ethymologischen von dem Verb *discortere*, und dieses bedeutet hin und her laufen, ist wenig in der Debatte über Abtreibung zwischen verschiedenen Argumenten „hin und her gelaufen“ wird, zeigt *Tabelle 2*. Innerhalb des Rahmens „Definition des Fötus und Leben“ enthalten 93,3 Prozent der Idee-Elemente die Behauptung, daß der Fötus ein Leben ist. Eine Ablehnung dieser Idee findet man nur in 6,5 Prozent der Fälle. Akteure wenden in der Regel nur positiv gerichtete Idee-Elemente. Sie behaupten z.B. Abtreibung ist Mord, nicht aber, Abtreibung sei kein Mord. Ganz ähnlich verhält es sich mit den Idee-Elementen des Rahmens „Selbstbestimmung der Frau“. Von allen Idee-Elementen des Rahmens sind es allein 5,5 Prozent, die abstreiten, daß es bei der Abtreibungsfrage um die Selbstbestimmung der Frau geht. Die Akteure beziehen sich in der Regel mit dem Idee-Element Aussagen auf einen allgemein geteilten Wert („Leben ist schützenswert“ oder „Selbstbestimmung der Frau ist zu achten“) und reproduzieren diesen mit ihrer Bezugnahme auf diesen Wert; sie lassen sich nicht auf eine Gegenposition zu einem geteilten Wert ein.

Wie kann man dieses kommunikative Verhalten der Akteure erklären? Eine mögliche Erklärung könnte sich auf die massenmediale Selektivität als Erklärungsfaktor beziehen. Die Medien suchen Informationen an ein verstärktes Massenpublikum zu vermitteln; zu komplizierte Informationen von Akteuren fallen der Selektivität eines einfach strukturierten Systems zum Opfer. Man kann diese These überprüfen, indem man die Berichterstattung in den Medien mit den Selbstdarstellungen der Akteure vergleicht, die wir durch eine Dokumentenanalyse erhoben haben. *Tabelle 3* gibt die Verteilung der ausgewählten Idee-Element Kategorien aus den analysierten Dokumenten wieder.

Vergleicht man die Verteilungen der Medien- und Dokumentenanalyse miteinander, dann ergibt sich, daß zwischen beiden kaum ein Unterschied besteht. Die These der Wirksamkeit einer medienselektivität kann also zurückgewiesen werden.

1) Hinblick auf die Struktur öffentlicher Kommunikation können wir festhalten, daß die Akteure in der Medienarena weder im hohen Maße ihre Kommunikationen mit Be-

ein nicht vollständig entwickeltes Leben, auf den entsprechend der Wert nicht anzuhenden ist.

Auf einem dritten Rationalitätsniveau werden von einem Akteur die konfiglierenden Werte wahrgenommen und kommuniziert, das Wertedilemma also akzeptiert; in einem weiteren Schritt wird dann eine Wertehierarchie festgelegt und daraus die eigene Position abgeleitet. Die höhere Rationalität besteht darin, daß die Negation der eigenen Wertepreferenz in die eigene Kommunikation internalisiert wird, auch wenn dann eine Wertehierarchie definiert und aus dieser Wertehierarchie die eigene Position abgeleitet wird.

Das vierte Rationalitätsniveau schließlich ist durch Internalisierung der Werteppluralität eine Hierarchisierung, sondern mit Kompromißbildung gekennzeichnet. Die konfiglierenden Werte und ein Kompromiß, der keine Abstriche an einem der Werte verlangt, werden akzeptiert.

zur Überprüfung des Rationalitätsniveaus der öffentlichen Diskussion über Abtreibungen habe ich zwei zentrale konfiglierende Werte aus der Debatte – „Schutz des Fötus als Leben“ und „Recht der Frau auf Selbstbestimmung“ – ausgewählt, alle Idee-Elemente aus den ersten drei Deutungsrahmen, die sich um diese beiden Werte ranken, selektiert und nach Rationalitätsniveau der Idee-Elemente den vier Rationalitätsniveaus zugeordnet. Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse dieser Operation:

Tabelle 4: Häufigkeit unterschiedlicher Rationalitätsniveaus in der medialen Kommunikation (in Prozent)

Wertdefinition und Subsumtion des Abtreibungsthemas unter diesen Wert	57,8
Wertdefinition und Konstruktion von Ausnahmen	13,0
Thematisierung konfiglierender Werte und Hierarchisierung	29,2
Thematisierung konfiglierender Werte und Kompromißbildung	-
	N=4982

Das höchste Rationalitätsniveau wird von keinem Idee-Element erreicht.<sup>14</sup> Der weitaus höchste Anteil der Idee-Elemente läßt sich dem niedrigsten Rationalitätsniveau zuordnen. In 57,8 Prozent der Fälle wird der Wert der Selbstbestimmung bzw. der des Schutzes des Fötus behauptet und die Position zur Abtreibung daraus abgeleitet, ohne daß Ausnahmen in Erwägung gezogen oder andere Werte internalisiert werden. Das niedrigste Rationalitätsniveau bildet also die hegemoniale Diskursstruktur der öffentlichen Debatten über Abtreibung.

<sup>14</sup> Nun ist dies, wie Rainer Döbert (1996) angemerkt hat, im Abtreibungskonflikt auch nicht einfach zu erreichen. Konfliktlösungen, die mit keiner Verletzung eines der Werte verbunden sind, sind schwerlich denkbar. Eine Möglichkeit, die Döbert erwähnt: Transplantation eines Fötus von der Frau, die eine Geburt ablehnt, auf eine Frau, die sich sehlichst ein Kind wünscht. Damit wären beide Werte – Schutz des Fötus und Selbstbestimmung der Frau – gleichzeitig zu ihrem Recht gekommen. Zu anderen Themen sind wertverhöhende Konfliktlösungen durchaus denkbar: das Rationalitätsniveau einer Diskussion hängt offensichtlich nicht nur von den Akteuren, sondern auch von dem Thema ab.

Wiederum sind wir in der Lage zu prüfen, ob sich das Rationalitätsniveau der Akteure in der Medienarena von dem Niveau unterscheidet, das die Akteure in ihren Selbstdarstellungen benutzen. Man kann erwarten, daß aufgrund der hohen Medienselbstaktivität das Rationalitätsniveau in der Medienarena niedriger ist als das der Akteure außerhalb der Medien.

Tabelle 5: Häufigkeit unterschiedlicher Rationalitätsniveaus in den Dokumenten der kollektiven Akteure (in Prozent)

Wertdefinition und Subsumtion des Abtreibungsthemas unter diesen Wert	65,5
Wertdefinition und Konstruktion von Ausnahmen	17,4
Thematisierung konfiglierender Werte und Hierarchisierung	17,1
Thematisierung konfiglierender Werte und Kompromißbildung	-
	N=562

Vergleicht man die Ergebnisse von Tabelle 4 und 5 miteinander, dann zeigt sich, daß auch in den Dokumenten der Diskurs in fast 2/3 der Fälle auf dem niedrigsten Rationalitätsniveau geführt wird, ja dieses noch niedriger liegt als in der Medienarena. Die These von der Wirksamkeit einer Medienselbstaktivität kann also auch hier zurückgewiesen werden. Das aus der Perspektive einer Theorie diskursiver Öffentlichkeit beklagte niedrige Rationalitätsniveau des Diskurses muß also den Akteuren, nicht aber der medialen Arena angelastet werden. Im normativen Bezugsrahmen einer liberalen Öffentlichkeit sind die empirischen Befunde wiederum nicht beunruhigend. Auf welchem Rationalitätsniveau Akteure argumentieren, bleibt diesen selbst überlassen; es gibt keine Instanz und keinen normativen Bezugspunkt, von dem aus man ein Rationalitätsniveau kritisieren könnte.

### 3. Effekte und Lernerfolge öffentlicher Kommunikationen

Innerhalb des liberalen Öffentlichkeitsmodells gibt es außer der Erwartung, daß nicht konsensfähige Fragen aus der Kommunikation ausgeschlossen werden sollen, keine normativen Erwartungen im Hinblick auf die Entwicklung und die Effekte öffentlicher Kommunikationen. Anders die Erwartungen in der Habermasschen Theorie der Öffentlichkeit. Habermas geht davon aus, daß diskursive Auseinandersetzungen zu Lerneffekten in dem Sinne führen, daß Positionen, die gut begründet sind, an Bedeutung gewinnen und Meinungen, die weniger gut begründet sind, an Bedeutung verlieren. Auch wenn am Ende von öffentlichen Auseinandersetzungen keine Einstimmigkeit steht, so kann man doch hoffen, daß der Konsens mittels der Kraft des besseren Arguments gestiegen ist. Die Möglichkeiten, Effekte öffentlicher Diskurse mit Hilfe unserer Daten zu messen, sind begrenzt. So können wir weder die Vermutung, daß öffentliche Diskurse das „commitment“ der Bürger zu ihrer Gesellschaft erhöhen und damit zur Gemeinschaftsbildung beitragen, noch das aus dem liberalen Öffentlichkeitsmodell gewonnene Prinzip der „kommunikativen Selbstbeschränkung“ überprüfen. Es gibt allein folgende drei Möglichkeiten, Lerneffekte der öffentlichen Debatte über Abtreibungen zu messen.

b) Die zweite Möglichkeit, Lerneffekte der öffentlichen Debatte über Abtreibungen zu messen, bezieht sich auf die Entwicklung der mit Hilfe der Idee-Elemente bestimmten Deutungsmuster. Welche Deutungsrahmen im Zeitverlauf an Bedeutung gewonnen haben, ergibt sich aus der *Tabelle 7*.

*Tabelle 7: Entwicklung der Deutungsrahmen des Abtreibungskonflikts (in Prozent)*

	1970-76	1977-89	1989-94
1 Definition des Fötus als menschliches Leben	25,7	26,2	24,7
2 Konflikt zwischen dem Schutz des Lebens und den Rechten der Frau	21,8	15,4	17,1
3 Rechte, Aufgaben und Selbstbestimmung der Frau	7,5	9,9	16,9
4 Themen der Moral und Kritik moralischen Handelns	12,6	23,3	14,0
5 Aufgaben des Staates als moralischer Akteur	14,7	11,4	14,5
6 Vorrang pragmatischer Gesichtspunkte vor allgemeinen Grundsätzen	11,7	9,0	8,4
7 Befürchtung von sozialer Ungerechtigkeit	3,2	2,9	2,7
8 Gesellschaftliche Bedeutung und Folgen von Abtreibung	2,8	1,9	1,8

(N=3084) (N=2466) (N=3436)

Insgesamt zeigt sich, daß es auch im Hinblick auf die Deutungsmuster wenig Veränderungen im Zeitverlauf gegeben hat. Es bleibt aber einer separaten Analyse vorbehalten, die Veränderungen im Detail zu analysieren. Ich konzentriere mich hier auf den Deutungsrahmen, der kontinuierlich am stärksten im Zeitverlauf an Bedeutung gewonnen hat. Es ist dies der dritte Deutungsrahmen, der das Abtreibungsthema als Thema der Selbstbestimmung der Frau interpretiert. Ist die Zunahme des Selbstbestimmungsmusters das Resultat diskursiver Willensbildungsprozesse, in dessen Verlauf immer mehr Akteure überzeugt wurden?

Die empirischen Analysen weisen auf ganz andere Ursachen hin. Nicht die kollektiven Akteure als solche ändern ihre Deutung im Zeitverlauf, sondern die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der kollektiven Akteure ändert sich im Zeitverlauf, und darüber ändert sich dann die Interpretation im Sinne der Zunahme des Deutungsmusters der Selbstbestimmung. Der Anteil der Sprecher weiblichen Geschlechts ist von 14,4 Prozent in der ersten Phase auf 39,1 Prozent in der dritten Phase gestiegen. Da die Frauen das Selbstbestimmungsmuster im Vergleich zu den Männern deutlich bevorzugen, steigt im Zeitverlauf – via Zunahme des Frauenanteils als Sprecherinnen – auch das Gewicht dieses Deutungsmuster. Dies wird sehr schön deutlich, wenn man den Zusammenhang zwischen Zeitverlauf einerseits und der Veränderung der Deutungsmuster andererseits um die Variable Geschlecht kontrolliert: Zwar gibt es auch dann bei den Männern (von 7,6 auf 11 Prozent) und bei den Frauen (von 20,9 auf 27,7 Prozent) eine leichte Zunahme des Selbstbestimmungsmusters, der eigentliche Wandel ist aber auf die quantitative

Habermas und auf der Grundlage der empirischen Ergebnisse des letzten Kapitels argumentieren, daß die öffentliche Debatte über Abtreibungen ja keine diskursive, mit Argumenten und auf einem hohen Rationalitätsniveau ausgetragene Debatte gewesen sei und sich deswegen keine Lernprozesse eingestellt hätten. Wir haben allerdings keine Möglichkeit, diese Vermutung zu überprüfen.

Neben einer Erhebung der Deutung des Diskurses durch eine Klassifikation der Idee-Elemente haben wir die Thematisierung *politischer Regelungsmodelle* und die Positionen, die Akteure dazu einnehmen können, erhoben (zum folgenden vgl. Neidhardt 1996). Öffentliche Diskussionen in Demokratien sind meist kein Selbstzweck. Sie werden geführt, um Einfluß auf die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen zu nehmen. Die Anzahl der in der Diskussion befindlichen gesetzlichen Regelungsmodelle des § 218 kann entlang von vier Grundpositionen klassifizieren, die von restriktiv bis liberal reichen: Generelles Verbot, 2. Indikationsregelung, 3. Fristenregelung, 4. ersatzlose Streichung des § 218. Für die folgende Datenauswertung wurden die Regelungsmodelle „Generelles Verbot“ und „Indikationslösung“ zu dem Modell „Restriktives Lösungsmodell“ zusammengefaßt, die „Fristenregelung“ und die „Streichung des § 218“ als „Liberales Lösungsmodell“ klassifiziert.

Wir haben in der Datenerhebung unterschieden zwischen der Thematisierung eines Regelungsmodells und der Position, die ein Akteur zu dem thematisierten Regelungsmodell einnimmt. Die Positionen zu den verschiedenen Regelungsmodellen wurden mit Hilfe einer 5er Skala erhoben, die für die Datenauswertung in eine 3er Skala transformiert wurde. Von Lerneffekten im Habermas'schen Sinne würde man dann sprechen, wenn der Konsens im Hinblick auf bestimmte Regelungsmodelle im Zeitverlauf gestiegen ist.

*Tabelle 6: Entwicklung von Positionen zu unterschiedlichen gesetzlichen Regelungsmodellen (in Prozent)*

	1970-1976	1977-1989	1989-1994
<b>Restriktives Modell</b>			
Contra	62,0	69,0	65,4
Ambivalent	10,2	2,1	7,6
Pro	27,8	28,9	27,0
	(N=295)	(N=142)	(N=315)
<b>Liberales Modell</b>			
Contra	61,8	54,8	60,6
Ambivalent	5,7	-	3,7
Pro	32,5	45,2	35,7
	(N=351)	(N= 31)	(N=594)

Operationalisiert man Konsens durch die Menge der Aussagen, die sich positiv zu einem Lösungsmodell äußern, dann zeigt *Tabelle 6*, daß a) es zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit für eines der Regelungsmodelle gab und b) – dies ist für unsere Fragestellung wichtiger – daß weder der Anteil der Pro-Aussagen für das restriktive Modell noch der Anteil der Pro-Aussagen für die liberale Modellvorstellung angestiegen ist.<sup>15</sup> Eine Entwicklung des Diskurses im Sinne einer zunehmenden Konsenszerzeugung läßt sich also nicht feststellen. Auch in diesem Punkt entspricht die Empirie nicht den normativen Vorstellungen einer diskursiven Öffentlichkeit.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Der Anstieg der Pro-Aussagen für die liberalen Modelle in der zweiten Zeitphase ist dabei kaum zu interpretieren, weil sie sich auf ein N = 14 beziehen.  
<sup>16</sup> Gefragt nach den Ursachen für die Stagnation des Diskurses könnte man im Sinne von

zunahme der Frauen in der öffentlichen Arena zurückzuführen. Die Veränderungen der Dominanz der Deutungsmuster ist damit nicht auf Meinungsänderungen von Akteuren zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß nun im verstärkten Maße andere Akteure der öffentlichen Arena kommunizieren: die Frauen.

Habermas (1981) geht in seinem evolutionstheoretischen Konzept der Rationalisierung der Lebenswelt davon aus, daß normativ zugeschriebene Einverständnisse über Streitfragen zunehmend ersetzt werden durch kommunikativ erzielte Verständigungen durch Diskurse. In Anbetracht an Habermas kann man des weiteren davon ausgehen, daß sich das Diskursniveau im Zeitverlauf im Sinne einer Verbesserung des Rationalitätsniveaus verändert. Auch wenn die Habermasschen Überlegungen einen weit längeren Zeitabschnitt der Entwicklung im Visier haben als wir empirisch analysieren können, so kann man für die letzten 25 Jahre im Hinblick auf die Debatten zum Abtreibungsthema diese Entwicklungsthese überprüfen, indem man zum einen die Entwicklung der Idee-Elemente, die mit Begründungen versehen sind, zum zweiten die Entwicklung unterschiedlicher Rationalitätsniveaus analysiert. Bei der Analyse der Entwicklung der Idee-Elemente mit Begründungen beschränke ich mich wieder auf den ersten Deutungsrahmen.

Tabelle 8: Entwicklung des Anteils der Idee-Elemente eines Rahmens mit und ohne Begründung (in Prozent)

	1970-77	1978-89	1990-94
Definition des Fötus als Leben ohne Begründung	39,9	70,3	64,0
Zurückweisung der Behauptung, Fötus sei Leben ohne Begründung	2,6	2,5	1,4
Definition des Fötus als Leben mit Begründung	47,6	25,7	33,1
Zurückweisung der Behauptung, Fötus sei Leben mit Begründung	9,8	1,5	1,6
	N=531	N=475	N=514

Insgesamt der theoretisch-normativen Erwartung hat sich der diskursive Charakter der öffentlichen Debatte im Zeitverlauf nicht erhöht, sondern verringert; der Anteil der Idee-Elemente mit Begründungen ist im Zeitverlauf zurückgegangen. Zunehmend mehr finden sich in der medialen Kommunikation Deutungen des Themas Abtreibungen, ohne daß deren Geltungsgründe über Begründungen abgesichert werden. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Analyse der Entwicklung der unterschiedlichen Rationalitätsniveaus (vgl. Tabelle 9). Im Zeitverlauf hat keine Erhöhung, sondern eine Verschlechterung des Rationalitätsniveaus stattgefunden, was auch in dem negativen Vorzeichen des Gammaeffizienten zum Ausdruck kommt.

Die Möglichkeiten, mit Hilfe der erhobenen Daten zum Abtreibungsdiskurs die beiden Öffentlichkeitsmodelle empirisch zu vergleichen, sind damit ausgeschöpft. Ziel der Ausführungen dieses Kapitels war es, eine empirische Antwort auf die Frage zu formulieren, welches der beiden normativen Öffentlichkeitsmodelle für die analysierte öffentliche Debatte über Abtreibungen wirklichsnäher ist. Erst im nächsten Kapitel werde ich die

Tabelle 9: Entwicklung unterschiedlicher Rationalitätsniveaus in der medialen Kommunikation (in Prozent)

Rationalitätsniveaus	1970-77	1978-89	1990-94
Wertdefinition und Subsumtion des Abtreibungsthemas unter diesen Wert	49,9	62,2	61,9
Wertdefinition und Konstruktion von Ausnahmen	12,5	16,5	11,2
Thematisierung konfligierender Werte und Hierarchisierung	37,7	21,3	26,9
Thematisierung konfligierender Werte und Kompromißbereitschaft	-	-	-

Gamma = -.15

N=1696 N=1270 N=2016

empirisch testbaren Elemente der normativen Theorie analysieren. Wir können an dieser Stelle eine erste Bilanz der empirischen Analysen ziehen.

Die Auswertungen haben gezeigt, daß die öffentlichen Debatten über Abtreibungen in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1970 bis 1994 bezüglich der meisten Kriterien nicht den Modellvorstellungen einer diskursiven Öffentlichkeit entsprechen, wie sie von Habermas und Theorien deliberativer Demokratie entworfen wurden. Die Diskussionen über die Abtreibungsregelung, in denen sich die Akteure ganz dominant an das Prinzip des wechselseitigen Respekts gehalten haben, wurden beherrscht von kollektiven Akteuren des Zentrums und den vermachteten Akteuren der Peripherie, nicht aber von den lebensweltlich verankerten Akteuren der Zivilgesellschaft. Bezugnahmen auf die Deutungen der anderen Akteure, das Nennen von Gründen für die eigenen Deutungen und das Diskutieren auf einem hohen Rationalitätsniveau bildeten eher die Ausnahme als die Regel der öffentlichen Kommunikation. Lernprozesse im Sinne einer Ausbildung einer gestärkten Mehrheitsmeinung konnten nicht festgestellt werden, Veränderungen in der Deutung des Themas lassen sich nicht auf diskursives Lernen zurückführen, sondern auf ein sozialstrukturell anders zusammengesetztes Sprecherensemble, und auch das Rationalitätsniveau der Diskussion ist im Zeitverlauf nicht gestiegen. Die empirischen Ergebnisse unterstützen also die Modellvorstellungen einer liberalen Öffentlichkeit, sie sprechen gegen die Kriterien einer diskursiven Öffentlichkeit. Die Beantwortung der Frage, warum dies so ist, würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen; sie bleibt einer separaten Analyse vorbehalten.

Nun gehört es zur Eigenart von normativen Theorien, daß sie sich durch empirische Ergebnisse letztendlich nicht falsifizieren lassen, ja daß umgekehrt die empirischen Ergebnisse als Indikator für das Scheitern der Praxis an der Theorie interpretiert werden können. Die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik hat sich aus der Perspektive einer diskursiven Öffentlichkeitsvorstellung als vermachtete Öffentlichkeit erwiesen; sie ist von einer autochthonen Öffentlichkeit weit entfernt.

#### V. Diskursivität und Rationalität der Kommunikationen von Zentrum und Peripherie

In das normative Öffentlichkeitsmodell einer diskursiven Öffentlichkeit sind empirisch überprüfbare Hypothesen eingebaut, die als Stützbalken des normativen Gebäudes unver-

zichtbar sind; genau diese Aussagen lassen sich mit Hilfe der erhobenen Daten überprüfen. Habermas' Plädoyer für eine autochthone Öffentlichkeit und eine Dominanz der Peripherie und der zivilgesellschaftlichen Akteure ist in erster Linie durch die Vermutung begründet, daß sich die Akteure der zivilgesellschaftlichen Peripherie kommunikativ anders verhalten als die Akteure des Zentrums und der vermachteten Peripherie. Akteure der Zivilgesellschaft sind im Gegensatz zu den Akteuren des Zentrums frei davon, Entscheidungen fallen zu müssen, sie sind frei von ideologischen Einengungen und frei von organisatorischen Zwängen und von dem Interesse von Organisationen an sich selbst. Genau diese strukturellen Besonderheiten machen die Akteure der Zivilgesellschaft ungewohnt, Geltungsgründe von zur Diskussion stehenden normativen Fragen zu prüfen, diskursiver und auf einem höheren Rationalitätsniveau zu argumentieren. Genau diese Zusammenhangsvermutungen zwischen der strukturellen Lage von Akteuren einerseits und ihrem diskursiven Verhalten andererseits kann man empirisch überprüfen. Wir haben entsprechend die Akteure der Abtreibungsdiskussion in die beiden Grobkategorien Zentrum und Peripherie eingestuft, um dann zu überprüfen, ob sich das Diskursverhalten der beiden Akteursgruppen und der einzelnen Akteure voneinander unterscheidet. Die Ergebnisse der *Tabelle 10* ermöglichen es uns zu überprüfen, ob sich Zentrum und Peripherie in der Häufigkeit der Nennung von Gründen voneinander unterscheiden.

*Tabelle 10:* Idee-Elemente eines Rahmens mit und ohne Begründung von verschiedenen Akteuren (in Prozent)

	Zustimmung Definition des Fökus als Leben		Ablehnung Definition des Fökus als Leben		N
	Ohne Begründung	Mit Begründung	Ohne Begründung	Mit Begründung	
Zentrum	54,7	37,6	2,8	5,0	N=556
Exekutive	60,1	35,1	2,7	2,0	N=148
Legislative	59,6	32,2	4,1	4,1	N=146
Judikative	33,6	54,6	3,3	8,6	N=152
Administration	-	-	-	-	N=110
Parteien	70,0	24,5	-	5,5	N=964
Peripherie	59,2	34,9	1,9	4,0	N=239
Kath. Kirche	63,6	35,1	0,8	0,4	N=103
Evang. Kirche	57,3	41,7	-	1,0	-
Frauenbewegung	-	-	-	-	N=8
Lebensschützer	87,5	12,5	-	-	N=244
Andere Interessensgruppen	58,2	38,1	0,4	3,3	N=370
Jour. FAZ und SZ	57,0	31,1	4,1	7,8	-

Vergleicht man zuerst nur die aggregierten Kategorien Zentrum und Peripherie miteinander, dann zeigt sich, daß die Ergebnisse die Habermasche Hypothese nicht bestätigen. Die Akteure der Peripherie benutzen im geringeren Maße Begründungen für ihre Deutungen als die Akteure des Zentrums. Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich im Hinblick auf die unterschiedlichen Rationalitätsniveaus. Da die vierte Stufe der Rationalitätsniveaus von keinem Idee-Element erreicht wurde, wurde diese nicht mit in die Tabelle aufgenommen.

*Tabelle 11:* Rationalitätsniveaus der Idee-Elemente von verschiedenen Akteuren (in Prozent)

	Rationalitätsniveau			N
	Niveau 1	Niveau 2	Niveau 3	
Zentrum	57,7	11,9	30,4	N=2273
Exekutive	56,9	12,2	31,0	N=510
Legislative	58,3	10,5	31,2	N=861
Judikative	51,6	14,5	33,9	N=502
Administration	40,0	30,0	30,0	N=10
Parteien	65,6	11,0	23,3	N=390
Peripherie	58,0	13,9	28,1	N=2707
Kath. Kirche	69,0	12,1	18,8	N=494
Evang. Kirche	59,5	12,6	27,9	N=262
Frauenbewegung	90,5	9,5	-	N=21
Lebensschützer	47,7	36,8	15,8	N=19
Andere Interessensgruppen	65,9	11,4	22,7	N=595
Jour. FAZ und SZ	49,7	15,7	34,7	N=1316

Auch im Hinblick auf die Rationalitätsniveaus kann die Habermasche Hypothese nicht bestätigt werden. Akteure der Peripherie argumentieren nicht auf einem höheren, sondern auf einem geringeren Rationalitätsniveau als die Akteure des Zentrums, wenn auch die Unterschiede sehr gering sind. Betrachtet man allein die Akteure der Peripherie, die Habermas der Zivilgesellschaft zuordnen würde – also die Frauenbewegung, die Lebensschützer und ein Teil der „anderen Interessengruppen“ –, dann zeigt sich, daß diese bezüglich des dritten Rationalitätsniveaus sogar die niedrigsten Werte von allen Akteuren erreichen. Allerdings muß man diese Ergebnisse aufgrund der geringen Fallzahl mit Vorsicht interpretieren.

Bevor ich die Folgen dieser empirischen Befunde für die Theorie einer diskursiven Öffentlichkeit bilanziere, möchte ich kurz erläutern, mit welcher anderen Theorie man möglicherweise das unterschiedliche Diskursverhalten der Akteure erklären kann. Mit Hilfe der Theorie rationalen Handelns kann man eine einfache Hypothese formulieren, die die empirischen Befunde recht gut zu erklären vermag (vgl. Gerhards 1995a). Je heterogener die Präferenzstruktur der Klientel oder des Elektors der Bürger, das durch einen kollektiven Akteur vertreten wird, beschaffen ist, desto höher muß das Rationalitätsniveau sein, auf dem Akteure kommunizieren. Warum? Sollten die unterschiedlichen Präferenzen einer Klientel durch einen Akteur nicht kommunikativ abgebildet werden, dann interpretieren die Bürger diesen Akteur nicht mehr als ihre Interessenvertretung und drohen mit oder vollziehen den faktischen oder symbolischen Austritt durch Legitimationsentzug. Die kollektiven Akteure verhalten sich rational, wenn sie in Antizipation dieser Möglichkeit entsprechend öffentlich kommunizieren. In *Tabelle 12* habe ich die Akteure nach der Rangfolge des dritten Rationalitätsniveaus geordnet. Es zeigt sich, daß mit absteigendem Rationalitätsniveau die Akteure zugleich immer spezifischere Interessen vertreten.

Die These wird durch einen zweiten empirischen Befund bestätigt (Tabelle wird nicht ausgewiesen). Vergleicht man allein die Parteien im Hinblick auf ihr kommuniziertes Rationalitätsniveau miteinander, dann sieht man, daß die Volksparteien CDU, SPD und

Tabelle 12: Rationalitätsniveaus der Idee-Elemente von verschiedenen Akteuren (in Prozent)

	Rationalitätsniveau			N
	Niveau 1	Niveau 2	Niveau 3	
Jour. FAZ und SZ	49,7	15,7	34,7	1316
Judikative	51,6	14,5	33,9	502
Exekutive	56,9	12,2	31,0	510
Legislative	58,3	10,5	31,2	861
Administration	40,0	30,0	30,0	10
Parteien	65,6	11,0	23,3	390
Evang. Kirche	59,5	12,6	27,9	262
Andere Interessensgruppen	65,9	11,4	22,7	595
Kath. Kirche	69,0	12,1	18,8	494
Lebensschützer	47,7	36,8	15,8	19
Frauenbewegung	90,5	9,5	-	21

FDP, die relativ heterogene Wählergruppen vertreten, auf einem höheren Rationalitätsniveau argumentieren als die PDS und die GRÜNEN/Bündnis 90, die eine wesentlich homogenere Klientel vertreten.

Ich möchte die Beantwortung der Frage, wie man das unterschiedliche Kommunikationsverhalten verschiedener kollektiver Akteure erklären kann, hier nicht weiter verfolgen, sondern statt dessen die Ergebnisse im Hinblick auf die Fragestellung dieses Kapitels bilanzieren. Die empirischen Analysen haben gezeigt, daß gerade die Akteure der Peripherie und der zivilgesellschaftlichen Peripherie, von denen Habermas ein diskursives Verhalten erwartet, auf einem geringeren diskursiven Niveau kommunizieren als die anderen kollektiven Akteure. Damit aber liegt ein Befund vor, der auf theoretisch dominante Unstimmigkeiten verweist und der – auch im Rahmen der normativen Prämissen der Theorie – nicht der gesellschaftlichen Praxis, sondern der Theorie selbst angelastet werden kann.

#### VI. Schlussbetrachtung

Theorien der Öffentlichkeit und empirische Forschungen zum Thema Öffentlichkeit stehen recht unverbunden nebeneinander. Dieser Umstand ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, daß sich der Bereich der empirischen Forschungen zum Thema öffentliche und vor allem mediale Kommunikation als eigene Fachdisziplin mit eigenen Zeitschriften und einer eigenen wissenschaftlergemeinschaft als Publizistik ausdifferenziert hat, während die Theorien öffentlicher Kommunikation weiterhin dominant im Bereich der Soziologie und Sozialphilosophie beheimatet sind. Die hier vorgestellten Analysen und Interpretationen verstehen sich als einen Versuch, eine Brücke zwischen zwei elaborienten Theorien der Öffentlichkeit und den Möglichkeiten ihrer empirischen Überprüfung zu schlagen. Dazu habe ich in einem ersten Schritt versucht, das theoretisch anspruchsvolle Modell einer diskursiven Öffentlichkeit von Habermas zu rekonstruieren und zugleich mit einer alternativen Theorie, einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit, zu kontrastieren. Es ist sicherlich auch der empirischen Prüfungsabsicht geschuldet, daß ich die beiden Theorien recht schematisch und vereinfachend dargestellt habe. Die empirischen Ausführungen ver-

folgten dann zwei Ziele. Da beide Öffentlichkeitsmodelle normative Modelle darstellen, lassen sie sich nicht direkt falsifizieren. Entsprechend ging der erste Teil der empirischen Überlegungen der Frage nach, welches der beiden Öffentlichkeitsmodelle für die analysierte öffentliche Debatte wirklichsnäher ist.

Die Ergebnisse haben gezeigt, daß die öffentlichen Debatten über Abreibungen in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1970 bis 1994 bezüglich fast aller Kriterien nicht den Modellvorstellungen einer diskursiven Öffentlichkeit entsprechen. Die Diskussionen wurden beherrscht von den kollektiven Akteuren des Zentrums und den vermachteten Akteuren der Peripherie, nicht aber von den Akteuren der Zivilgesellschaft. Das Nennen von Gründen für die eigenen Deutungen, die Bezugnahme auf andere Akteure und das Diskutieren auf einem hohen Rationalitätsniveau bildeten eher die Ausnahme als die Regel der öffentlichen Kommunikation. Lernprozesse im Sinne der Ausbildung einer diskursiv gestärkten Mehrheitsmeinung, einer durch den Diskurs veränderten Deutung des Themas und einer Erhöhung des Rationalitätsniveaus konnten nicht festgestellt werden. Für einige der untersuchten Kriterien konnten wir nachweisen, daß die geringe Entsprechung der empirischen Ergebnisse mit den Modellvorstellungen einer diskursiven Öffentlichkeit nicht auf die medien-spezifische Selektivität zurückgeführt werden kann. Die Akteure selbst entsprechen in ihrem Kommunikationsverhalten in den eigenen Ausführungen nicht den Kriterien eines Diskurses. Insofern lassen sich die aus der Perspektive einer diskursiven Öffentlichkeit festgestellten Defizite der Wirklichkeit nicht einfach auf die Strukturen massenmedialer Öffentlichkeit attribuieren, wie mancher kritischer Leser einwenden könnte.

Lassen sich die normativen Elemente der Öffentlichkeitskonzeptionen nicht eigentlich empirisch falsifizieren, so gilt dies nicht für die in die normativen Modelle eingebauten empirischen Aussagen. Habermas' Plädoyer für eine autochthone Öffentlichkeit und eine Dominanz zivilgesellschaftlicher Akteure ist in erster Linie begründet durch eine wissenschaftliche Hypothese über den Zusammenhang zwischen sozialstruktureller Positionierung von Akteuren einerseits und ihrem Kommunikationsverhalten andererseits. Weil Akteure der Zivilgesellschaft von drei Restriktionen entlastet sind – ideologische Freiheit, Freiheit, keine Entscheidungen fallen zu müssen, Freiheit gegenüber den Restriktionen von Organisationen –, sind sie frei und unbekümmert, Geltungsgründe von zur Diskussion stehenden normativen Fragen zu prüfen, diskursiver und auf einem höheren Rationalitätsniveau zu argumentieren. Empirisch hat sich aber gezeigt, daß gerade die Akteure, von denen Habermas ein diskursives Verhalten erwartet, auf einem geringeren diskursiven Niveau kommunizieren als die anderen Akteure. Läßt sich aber die empirisch prüfbar Aussage über den Zusammenhang zwischen Akteursposition und Diskursverhalten nicht empirisch bestätigen, dann hat das Folgen für die normative Theorie der Öffentlichkeit insgesamt. Man kann nämlich vermuten, daß sich das Diskursniveau der Gesamtdebatte eher verschlechtern als verbessern würde, wenn die Akteure der Zivilgesellschaft tatsächlich die dominanten Akteure der Öffentlichkeit wären.

Dieses Ergebnis sagt allerdings noch nichts aus über die Funktion und die Bedeutung der Akteure der Zivilgesellschaft für das Funktionieren von Demokratien. Sollten sich unsere Befunde empirisch durch andere Studien erhärten, dann würde dies bedeuten, daß man die auf die Akteure der Zivilgesellschaft gesetzten Hoffnungen nicht über deren spezifisches Diskursverhalten legitimieren kann. Ihre Funktion, ein Warnsystem und emp-



indischer Sensor für Problemlagen zu sein (Habermas 1992: 435), die von den eingespielten Routinen der Politik nicht oder erst recht spät wahrgenommen werden, kann ihnen aber weitreichend zukommen. Sie können diese Funktion vielleicht sogar besser erfüllen, wenn die Problemlagen zuspitzen und sich nicht wie in einem philosophischen Oberseminar diskursiv abwägend verhalten, ja bisweilen den Diskurs durch die Tat des zivilen Ungehorsams ersetzen. Eine Theorie der Öffentlichkeit, die an einer Funktionsbestimmung von Akteuren der Zivilgesellschaft festhalten will, muß sich allerdings eine andere als eine diskurstheoretische Begründung suchen. Ein möglicher Bezugspunkt könnte das cybernetische Konzept der aktiven Gesellschaft von Amitai Etzioni (1968) bilden (vgl. Gerhards und Neidhardt 1990).

#### Literatur

- Ackerman, Bruce A., 1989: Why Dialogue?, *Journal of Philosophy* 86: 5–22.
- Ackerman, Bruce A., 1980, *Social Justice in the Liberal State*. New Haven und London: Yale University Press.
- Arato, Andrew, und Jean Cohen, 1992: *Civil Society and Political Theory*. Cambridge: MIT Press.
- Benhabib, Seyla, 1991: Modelle des öffentlichen Raums: Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas, *Soziale Welt* 41: 147–165.
- Benhabib, Seyla, 1992: *Situating the Self*. Cambridge: Polity Press.
- Blumer, Herbert, 1953: The Mass, the Public, and Public Opinion. S. 43–49 in: *Bernard Berelson und Morris Janowitz* (Hg.): *Reader in Public Opinion and Communication*. Glencoe, Ill.: Free Press.
- Caldhoun, Craig (Hg.), 1992: *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge: MIT Press.
- Cohen, Joshua, 1989: Deliberation and Democratic Legitimacy. S. 17–34 in: *Alan Hamlin und Philip Pettit* (Hg.): *The Good Policy. Normative Analysis of the State*. Cambridge: Blackwell.
- Converse, Philip E., 1964: *The Nature of Belief Systems in Mass Publics*. S. 206–261 in: *David Apter* (Hg.): *Ideology and Discontent*. New York: Free Press.
- Dahlgren, Peter, und Colin Sparks (Hg.), 1991: *Communication and Citizenship. Journalism and the Public Sphere*. London und New York: Routledge.
- Dahrendorf, Ralf, 1967: *Aktive und passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozeß moderner Gesellschaften*. Merkur 12.
- Döbert, Rainer, 1996: Soziale Integration durch Argumentation/Verhandeln oder durch dritte Instanzen (Genchte)? Ein verfahrenstheoretischer Blick auf die Auseinandersetzungen um den § 218 in den 70er Jahren. S. 327–370 in: *Wolfgang van den Daele und Friedhelm Neidhardt* (Hg.): *Kommunikation und Entscheidung*. Jahrbuch des WZB 1996. Berlin: Sigma.
- Easton, David, 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. New York u.a.: John Wiley.
- Easton, David, 1990: *The Analysis of Political Structure*. New York/London: Routledge.
- Etzioni, Amitai, 1968: *The Active Society. A Theory of Societal and Political Processes*. New York: The Free Press.
- Franzosi, Roberto, 1990: *Computer-assisted Coding of Textual Data Using Semantic Text Grammars, Sociological Methods and Research* 19: 224–256.
- Franzosi, Roberto, 1995: *Computer-assisted Content Analysis of Newspapers. Can we Make an Expensive Research Tool More Efficient, Quality and Quantity* 29: 157–172.
- Früh, Werner, 1989: *Semantische Struktur- und Inhaltsanalyse (SSI). Eine Methode zur Analyse von Textinhalten und Textstrukturen und ihre Anwendung in der Rezeptionsforschung*. S. 490–507 in: *Max Kaase und Winfried Schulz* (Hg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter, 1993: *Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses*. Discussion-Paper FS III 93–202. Wissenschaftszentrum: Berlin.
- Gänte, Michael, 1991: § 218 in der Diskussion. Meinungs- und Willensbildung 1945–1976. Düsseldorf: Droste.
- Gerhards, Jürgen, 1993: *Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen, 1994: *Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch*. S. 77–106 in: *Friedhelm Neidhardt* (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen, 1995: *Kultursoziolegie und die Theorie rationalen Handelns: Die rationale Verwendung von politischen Deutungsmustern*, *Journal für Sozialforschung* 35: 219–234.
- Gerhards, Jürgen, 1996: *Soziale Positionierung und politische Kommunikation am Beispiel der öffentlichen Debatte über Abtreibung*. S. 83–102 in: *Wolfgang van den Daele und Friedhelm Neidhardt* (Hg.): *Kommunikation und Entscheidung*. Jahrbuch des WZB 1996. Berlin: Sigma-Verlag.
- Gerhards, Jürgen, und Monika Lindgens, 1995: *Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodentrends über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und in der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994*. Discussion Paper FS III 95–105. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Gerhards, Jürgen, und Friedhelm Neidhardt, 1990: *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. Discussion Paper FS III 90–101, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).
- Habermas, Jürgen, 1973: *Notizen zum Begriff der Rollenkompetenz*. S. 195–231 in: *Jürgen Habermas: Kultur und Kritik. Verstreute Aufsätze*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1989: *Volksouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff von Öffentlichkeit*, *Merkur* 43: 465–477.
- Habermas, Jürgen, 1990 (zuerst 1960): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1992a: *Staatsbürgerschaft und nationale Identität*. S. 632–660 in: *Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1992b: *Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik*. S. 11–24 in: *Herfried Münkler* (Hg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*. München und Zürich: Piper.
- Höflicher, Lucian, 1979: *Öffentlichkeit und Geheimnis. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit*. Stuttgart: Klett.
- Jarven, Offried, 1988: *Politik und Medien im Wandel: Autonomie, Interdependenz oder Symbiose? Anmerkungen zur Theoriedebatte in der politischen Kommunikation*, *Publizistik* 33: 619–632.
- Keppinger, Hans-Mathias, 1994: *Publizistische Konflikte. Begriffe, Ansätze, Ergebnisse*. S. 214–233 in: *Friedhelm Neidhardt* (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kriete, Hanspeter, 1994: *Akteure – Medien – Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit*. S. 234–260 in: *Friedhelm Neidhardt* (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1971: *Öffentliche Meinung*. S. 9–34 in: *Niklas Luhmann: Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1990: *Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung*. S. 170–182 in: *Niklas Luhmann: Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1995: *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Luker, Kristin, 1984: *Abortion and the Politics of Motherhood*. Berkeley: University of California Press.
- Marcinkowski, Frank, 1993: *Publizistik als autopoeitiches System*. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Manin, Bernhard, 1987: *On Legitimacy and Political Deliberation*, *Political Theory* 15: 338-368.
- Meehan, Johanna (Hg.), 1995: *Feminists Read Habermas: Gendering the Subject of Discourse*. New York und London: Routledge.
- Miller, David, 1992: *Deliberative Democracy and Social Choice*, *Political Studies*, XL, Special Issue: 54-67.
- Neidhardt, Friedhelm, 1994: *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. S. 7-41 in: *Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm, 1996: *Öffentliche Diskussion und politische Entscheidung. Der deutsche Abtreibungskonflikt 1970-1994*. S. 53-82 in: *Wolfgang van den Daele und Friedhelm Neidhardt (Hg.): Kommunikation und Entscheidung*. Jahrbuch des WZB 1996. Berlin: Sigma.
- Peters, Bernhard, 1993: *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Peters, Bernhard, 1994: *Der Sinn von Öffentlichkeit*. S. 42-76 in: *Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Piaget, Jean, 1975: *Biologische Anpassung und Psychologie der Intelligenz*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Razuk, John, 1993: *Political Liberalism*. New York: Columbia University Press.
- Roller, Edeltraud, und Rainer Mähler, (1993): *Hermeneutisch-klassifikatorische Inhaltsanalyse. Analysemöglichkeiten am Beispiel von Leitfadengesprächen zum Wohlfahrtsrat*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: 56-75.
- Rucht, Dieter, 1994: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt a.M.: Campus.
- Solga, Heike, 1991: *Auseinandersetzung mit dem Schwangerschaftsabbruch in der DDR*. Wissenschaftszentrum Berlin. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Taylor, Charles, 1991: *Die Beschwörung der Civil Society*. S. 52-81 in: *Krzysztof Michalicki (Hg.): Europa und die Civil Society*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Taylor, Charles, 1992/1993: *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?*, *Transit*, Heft 5: 5-29.
- Toulmin, Stephen, 1958: *The Uses of Argument*. New York: Cambridge University Press.
- Warren, Mark, 1992: *Democratic Theory and Self Transformation*, *American Political Science Review* 86: 8-23.

*Korrespondenzanschrift:* Prof. Dr. Jürgen Gethards, Universität Leipzig, Institut für Kulturwissenschaften, Augustusplatz 9, D-04109 Leipzig